Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5197**
16. Wahlperiode 02. 05. 2007

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

52. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 13. bis 17. November 2006 in Quebec, Kanada

Inhaltsverzeichnis

Die 52. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) fand vom 13. bis 17. November 2006 in Quebec, Kanada, statt.

Teilnehmer der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,

Abgeordneter Markus Meckel (SPD), stellvertretender Leiter der Delegation,

Abgeordneter Ruprecht Polenz (CDU/CSU),

Abgeordneter Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU),

Abgeordnete Anita Schäfer (CDU/CSU),

Abgeordneter Ernst-Reinhard Beck (CDU/CSU),

Abgeordneter Jürgen Herrmann (CDU/CSU),

Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),

Abgeordneter Hans Raidel (CDU/CSU),

Abgeordneter Bernd Siebert (CDU/CSU),

Abgeordneter Lothar Ibrügger (SPD),

Abgeordnete Ursula Mogg (SPD),

Abgeordneter Andreas Weigel (SPD),

Abgeordneter Kurt Bodewig (SPD),

Abgeordneter Jörn Thießen (SPD),

Abgeordneter Dr. Rainer Stinner (FDP),

Abgeordneter Hellmut Königshaus (FDP),

Abgeordneter Paul Schäfer (Die LINKE),

Abgeordneter Paul Schäfer (Die LINKE),

Abgeordnete Heike Hänsel (Die LINKE),

Abgeordneter Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN).

Bundesrat:

Staatminister Volker Bouffier (CDU), Hessen, Leiter der Delegation,

Minister Holger Hövelmann (SPD), Sachsen-Anhalt,

Minister Dr. Ralf Stegner (SPD), Schleswig-Holstein,

Senator Thomas Röwekamp (CDU), Bremen.

Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am 14. und 15. November 2006 statt. Das Plenum tagte am 17. November 2006.

Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am 14. und 15. November 2006 unter dem Vorsitz von Abg. **Markus Meckel** (Deutschland).

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Die NATO-Operation in Afghanistan, die Zukunft der Allianz und die Sicherheitslage in Südosteuropa, besonders im Kosovo, waren die wesentlichen Themen, die im Politischen Ausschuss während der Herbsttagung beraten wurden.

II. Vortrag von Stefanie Beck, Direktorin der Abteilung Verteidigungs- und Sicherheitsbeziehungen, Außenministerium Kanada, zum Thema „Die fortlaufende Transformation der NATO aus kanadischer Perspektive“

Nach Meinung von **Stefanie Beck** ist die NATO ein wichtiges Forum für transatlantische Konsultationen. Kanada teile die Auffassung, dass das Bündnis zwischen den Alternativen „out of area“ oder „out of business“ wählen müsse. Die erste Alternative sei vorzuziehen. Aus diesem Grunde beteilige sich Kanada mit 2 500 Soldaten an der ISAF-Truppe in Afghanistan und leiste rund 1 Milliarde kanadischer Dollar Wiederaufbauhilfe. Außerdem sprach sich Beck dafür aus, die Tür der NATO für weitere Beitrittsländer offen zu halten. Zum gegenwärtigen Finanzierungssystem der Allianz, das so genannte „costs lie where they fall“-Prinzip, äußerte sie sich skeptisch. Die Einführung von weiteren Elementen der Gemeinschaftsfinanzierung solle erwogen werden, um die Allianz an die heutigen Bedingungen anzupassen. Beck bescheinigte der Parlamentarischen Versammlung der NATO, ein wichtiges Bindeglied zwischen Gesetzgebern, Regierungen und Bürgern zu sein. Die Versammlung könne nationalen Regierungen dabei helfen, die Politik der NATO transparenter und zugänglicher zu gestalten.

In der folgenden Diskussion fragte Abg. **Bart van Winsen** (Niederlande), wie die kanadische Öffentlichkeit die NATO-Mission in Afghanistan und die Beteiligung der kanadischen Truppen sieht. Abg. **James Cowan** (Kanada) berichtete, das kanadische Parlament habe erst kürzlich mit knapper Mehrheit die Entsendung kanadischer Truppen nach Afghanistan um zwei Jahre verlängert. Das Thema spiele in der öffentlichen Debatte eine große Rolle und das kanadische Engagement werde zunehmend kritisch hinterfragt.

III. Vortrag von Robert Hunter, Rand Corporation, zum Thema „Globale Partnerschaften und die Zukunft der Allianz“

Nach Auffassung von **Robert Hunter** hängt die Glaubwürdigkeit der NATO stark von ihrem Erfolg oder Scheitern in Afghanistan ab. Dennoch leisteten einige Mitglieder nicht genügend Unterstützung für die Operation. Daher schlage er vor, die Partnerschaften mit anderen Ländern zu intensivieren. Die Vereinigten Staaten hätten bereits darauf gedrungen, globale Partnerschaften aufzubauen. So unterhalte die NATO mittlerweile Beziehungen zu Südkorea, Schweden, Finnland und Israel.

Abg. **Paul Casaca** (Europäisches Parlament) sagte, dass nicht nur Afghanistan im Fokus des Bündnisses stehen dürfe. So sei die Entwicklung im Irak sehr viel wichtiger als die in Afghanistan. Die gesamte Region des Mittleren und Nahen Osten bedürfe mehr Aufmerksamkeit. Im Zusammenhang mit dem Iran ermunterte **Hunter** die USA, mit Teheran in einen Dialog zu treten und ein gutes Angebot zur Problemlösung zu unterbreiten.

IV. Vortrag von Robert Austin, Universität Toronto, zum Thema „Die Sicherheitslage in Südosteuropa“

Robert Austin sagte, das Glas für die Region Südosteuropa sei halbvoll. Auf der einen Seite habe die Bereitschaft, in der Region zu investieren, zugenommen und der Tourismus sei gewachsen. Auf der anderen Seite bleibe die Zukunft des Kosovo ungeklärt. Während Serbien der Schlüssel für die Sicherheit und Stabilität der Region sei, könne das Kosovo nicht für alle Zeiten in einem Zustand der Ungewissheit gelassen werden. Nach Austins Meinung müsse die internationale Gemeinschaft nach Abwägung aller Optionen zu dem Schluss kommen, das Kosovo so schnell wie möglich in die Unabhängigkeit zu entlassen. Dabei müsse die Nato eine große Rolle spielen und die Präsenz der Vereinigten Staaten gesichert werden.

Abg. **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) bemerkte, das Wort „Unabhängigkeit“ sei im Zusammenhang mit dem Kosovo irreführend, da die internationale Gemeinschaft in Zukunft noch sehr stark in die Region eingebunden sein werde. Er bezweifelte, dass die Politiker des Kosovo ihre Bevölkerung auf diese Realität vorbereitet hätten. **Austin** stimmte mit dieser Sicht überein und fügte hinzu, dass die Unabhängigkeit des Kosovo an Bedingungen geknüpft sein müsse. Dazu gehöre in erster Linie die Anerkennung der Rechte der serbischen Minderheit. In der Antwort auf eine Frage des Ausschussvorsitzenden Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) stimmte **Austin** darin überein, dass Serbien von sich aus, ähnlich wie Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, ein Gefühl der Verantwortung für seine Geschichte entwickeln müsse. Dies sei bisher noch nicht geschehen. Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) gab zu bedenken, dass eine Verschiebung der Unterbreitung des Vorschlags für die Zukunft des Kosovo durch den Beauftragten der Vereinten Nationen, Martti Athisaari, problematisch sei. Abg. **Lamers** erklärte, er werde einen Brief an Athisaari schreiben und ihn bitten, die Gründe für die Verschiebung der Bevölkerung des Kosovo persönlich zu erklären.

V. Vortrag von Paul H. Chapin, Pearson-Zentrum für Friedenserhaltung, zum Thema „Die friedenserhaltenden Missionen der Vereinten Nationen und die Kooperation mit der NATO“

Paul Chapin vertrat die Auffassung, die NATO könne den überlasteten Vereinten Nationen auf verschiedene Art

helfen. Während die Vereinten Nationen am besten dazu in der Lage seien, den Frieden zu erhalten, könne die NATO mit den großen militärischen Kapazitäten helfen. Beide Organisationen lernten voneinander und müssten dies auch in Zukunft tun. Diese Zusammenarbeit sei von großer Bedeutung für die zukünftige weltweite Sicherheitspolitik. Platz gebe es für beide Organisationen – während die globale Organisation generelle Maßstäbe setze, hänge die Lösung von regionalen Konflikten in der Regel von lokalen Entscheidungsträgern ab. Abg. **Bert Koenders** (Niederlande) fragte, was die NATO konkret zu den Missionen der Vereinten Nationen beisteuern könne. Chapin entgegnete, die Allianz solle zu einer Art letzten Instanz werden, die eingreift, wenn nichts anderes funktioniere – so wie in Afghanistan.

VI. Generaldebatte

Der Ausschussvorsitzende Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) eröffnete die Generaldebatte, indem er auf die Auswirkungen der Kongresswahlen in den Vereinigten Staaten auf das transatlantische Verhältnis sowie die Sicherheitslage im Irak einging. Außerdem sprach er die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, eventuellen Auswirkungen des indisch-amerikanischen Abkommens auf den Nichtverbreitungsvertrag sowie die Rolle der NATO in Afrika an.

Sen. **Gordon Smith** (Vereinigte Staaten) äußerte die Einschätzung, dass keine der politischen Parteien in den Vereinigten Staaten die politische Macht besitze. Die Militäreinsätze im Irak und in Afghanistan könnten noch nicht als politisch erfolgreich betrachtet werden. Die Etablierung der Demokratie in der Region brauche Zeit, liege aber im Interesse der ganzen Welt. Zum Iran erklärte der Senator, dass der Aufbau eines Atomprogramms durch Teheran mit Sicherheit Auswirkungen auf den Nichtverbreitungsvertrag haben werde.

Abg. **Tom Udall** (Vereinigte Staaten) räumte ein, dass die Situation im Irak große Auswirkungen auf die amerikanischen Wahlen gehabt habe. Es gebe die Notwendigkeit für Veränderungen. Die Ablösung von Verteidigungsministers Rumsfeld durch Präsident Bush trage dem Rechnung. Sen. **George Voinovich** (Vereinigte Staaten) betonte die Schlüsselrolle der Vereinten Nationen für die Friedenserhaltung und appellierte an die Parlamentarier, auf eine Reform der Weltorganisation hinzuwirken. Er beschuldigte die Gruppe 77 (G 77), eine substantielle Reform der VN verhindert zu haben. Abg. **Loïc Bouvard** (Frankreich) erinnerte an die Meinungsunterschiede im Vorfeld des Irak-Krieges im Jahre 2003. Trotz der Differenzen in der Vergangenheit sei es nun die Aufgabe Frankreichs, im Irak mit den Amerikanern zusammen zu arbeiten.

VII. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Afghanistan und die Zukunft der Allianz“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Bert Koenders (Niederlande)

Mit seinem Bericht vertrat Abg. **Bert Koenders** (Niederlande) die Auffassung, dass die Mission in Afghanistan an einem kritischen Punkt angelangt ist. Ein Versagen in dem Land würde die Daseinsberechtigung des Bündnisses unterminieren. Daher sei es von großer Wichtigkeit, die politischen Ankündigungen in die Tat umzusetzen und die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Konkret gehe es darum, ausreichende Truppenkontingente für den Kampf gegen die Taliban im Süden und im Osten zur Verfügung zu stellen und die gesamte Operation mit den Wiederaufbaumaßnahmen auszubalancieren. Auch müsse eine eindeutige und strikte Herangehensweise gegenüber Pakistan entwickelt werden, die der Unterstützung der Taliban-Kämpfer den Boden entzieht. Gegenüber dem afghanischen Präsidenten Karsai müsse deutlich gemacht werden, dass der Aufbau einer verlässlichen Polizei, ausreichender Streitkräfte und die Zusammenarbeit mit den moderaten Kräften der Taliban von großer Bedeutung seien.

Diskussion

Abg. **José Lello** (Portugal) schlug vor, die Forderung nach konkreten Maßnahmen gegen den Drogenhandel in Afghanistan in den Bericht aufzunehmen. Außerdem solle klar angesprochen werden, dass einige Mitglieder des Bündnisses nicht genügend Unterstützung für die Operation in Afghanistan leisteten. Abg. **Emin Bilgiç** (Türkei) sah die Probleme in Afghanistan vielmehr mit der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung verbunden. Muslimische Länder könnten hier erhebliche Unterstützungsleistungen vollbringen: Deswegen sollten sie stärker an der Wiederherstellung des Friedens in Afghanistan beteiligt werden. Abg. **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) sprach sich dafür aus, klare „rules of behaviour“ für die NATO-Truppen in Afghanistan zu entwickeln. Das Ziel des Bündnisses, in Afghanistan „nation building“ zu betreiben, sei unter Umständen zu hoch gegriffen und nur schwierig umzusetzen. Abg. **Michael Hancock** (Versammlung der WEU) rief dazu auf, dem Problem der nationalen Vorbehalte mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Er schlug außerdem vor, bei der Drogenbekämpfung mit dem Iran zusammen zu arbeiten. Er bezweifelte die Funktionsfähigkeit der afghanischen Regierung, da seit den Wahlen keine Gesetze verabschiedet worden seien. Der Berichterstatter, Abg. **Bert Koenders** (Niederlande) betonte in seiner Antwort auf die aufgeworfenen Fragen die große Bedeutung weiterer Diskussion über die Zukunft der NATO-Operation in Afghanistan in den nationalen Parlamenten. Für eine internationale Organisation wie die Nato sei es „einfach inakzeptabel“, dass nur eine begrenzte Anzahl von Mitgliedern bereit sei, Truppen in den Süden und Osten Afghanistans zu schicken.

VIII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO Partnerschaften“ über „Die Sicherheit in Zentralasien – die Rolle der Nato“, vorgelegt von dem amtierenden Berichterstatter Rafael Estrella (Spanien)

Der amtierende Berichterstatter Abg. **Rafael Estrella** (Spanien) erklärte, die NATO habe ein strategisches

Interesse an der Region Zentralasien. Dies liege nicht zuletzt an der Nähe zu Afghanistan, wo die bisher wichtigste Mission des Bündnisses stattfinde. Daher solle das Bündnis die Unterstützung für die Länder der Region fortsetzen und die Vorteile einer Zusammenarbeit hervorheben. Der Schwerpunkt müsse dabei auf der Betonung der regionalen Zusammenarbeit in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung, Bekämpfung des Drogenhandels und transnationaler Verbrechen liegen.

Diskussion

Sen. **François Roelants du Vivier** (Belgien) forderte den Berichterstatter dazu auf, das Thema Energiepolitik stärker in den Mittelpunkt des Berichtes zu stellen. Zudem müsse stärker zwischen den einzelnen Ländern differenziert werden. Außerdem rief er den Berichterstatter dazu auf, die Frage der Zusammenarbeit von EU und NATO in der Region zu thematisieren. Abg. **Raynell Andreychuk** (Kanada) begrüßte den Bericht, der auf mögliche zukünftige Herausforderungen eingehe und sich nicht nur mit den bestehenden auseinandersetze. Gleichzeitig solle stärker auf die unterschiedlichen Formen der Unterstützung von Reformschritten der Länder der Region eingegangen werden. Der Berichterstatter vertrat die Auffassung, dass der Berichtsentwurf durchaus auf die Vielfältigkeit der Region eingehe. EU und NATO hätten sicherlich Defizite in der Zusammenarbeit in der Region. Nicht einmal die einzelnen NATO-Staaten koordinierten ihre Unterstützungsmaßnahmen für die Länder der Region.

IX. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Der Iran als Herausforderung für die transatlantische Zusammenarbeit“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Ruprecht Polenz (Deutschland)

Der Berichterstatter, Abg. **Ruprecht Polenz** (Deutschland) betonte die Notwendigkeit einer transatlantischen Zusammenarbeit und eines Konsenses innerhalb der NATO, um eine Krise infolge des Atomprogramms des Irans zu verhindern. Der Iran sei hinsichtlich seines Nuklearprogramms nicht ehrlich gewesen und die geplante Nutzung entspreche nicht dem Energiebedarf des Landes. Da der Zeitrahmen des Programms nicht bekannt sei, müsse der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Entscheidung treffen. Die Vollendung des Programms werde eine allgemeine Aufrüstung zur Folge haben und es bestehe die Gefahr, dass Kernwaffen in die Hände von Extremisten kommen. Der Iran habe sein Programm bisher nur fortsetzen können, weil er es geschafft habe, die internationale Gemeinschaft zu spalten. Ein möglicher Militärschlag gegen Einrichtungen des Irans sei jedoch aufgrund der Unkenntnis über die nukleare Infrastruktur kontraproduktiv, zudem könne er zur Spaltung der NATO führen. Man müsse daher dem Iran Sicherheitsgarantien geben und ihm den Zugang zu den Kapitalmärkten erleichtern. Der Iran müsse jedoch im Gegenzug auf Tests seiner Mittelstreckenraketen verzichten. Darüber hinaus müsse das System des Nichtverbreitungsvertrages ausgeweitet und die Zivilgesellschaft insbesondere auch hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte unterstützt werden.

Diskussion

Abg. **Kyriakos Mitsotakis** und **Andreas Lovrdos** (Griechenland) stellten fest, dass der Iran nicht wie die frühere Sowjetunion abgeschreckt werden könne, da es unsichere Akteure in der Region des Mittleren und Nahen Ostens gebe. Der Vorschlag des Berichterstatters, die Vereinigten Staaten sollten direkte Gespräche mit dem Iran führen, sei richtig und wichtig. Abg. **Ophir Pines** (Israel) verglich den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad mit Adolf Hitler und plädierte für ein schnelles Vorgehen gegen den Iran, da das Land viele Verbindungen zum globalen Terrorismus habe. Die iranische Regierung ignoriere die internationale Gemeinschaft und versuche, den Irak zu destabilisieren. Der Berichterstatter widersprach dieser Einschätzung und machte deutlich, dass die Situation nicht vergleichbar sei. In Beantwortung einer Frage von Abg. **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) nach einem möglichen Plan B des Westens erklärte Abg. **Ruprecht Polenz,** es sei nicht ratsam, darüber in der Öffentlichkeit zu sprechen. Die NATO sollte diese Frage aber vertraulich diskutieren.

X. Entschließungen

Der Ausschuss verabschiedete Entschließungen anlässlich des 50. Jahrestages des Aufstands in Ungarn im Jahr 1956, zu Afghanistan und zum zukünftigen Status des Kosovo.

Umfassende Diskussionen gab es über den Resolutionsentwurf zu den Auswirkungen der Mission in Afghanistan auf die NATO, vorgelegt von Abg. **Bert Koenders** (Niederlande). Anlass war die Forderung einiger NATO-Mitgliedsländer nach größerem militärischen Engagement einiger Bündnispartner im unruhigen Süden und Osten Afghanistans.

Der Ausschuss verabschiedete die Entschließungen mit der Aufforderung an die Regierungen, die Wirksamkeit gemeinsamer Operationen zu verbessern, indem diejenigen nationalen Vorbehalte beseitigt werden, die gegenwärtig den unmittelbaren und wirkungsvollen Einsatz einiger NATO-Kräfte in Afghanistan behindern. Diese Formulierung kam nach einem Änderungsantrag zustande, nachdem im ursprünglichen Entwurf die nationalen Vorbehalte lediglich „eingeschränkt und transparenter gestaltet“ werden sollten. Während sich Delegierte aus dem Vereinigten Königreich, Kanada und Luxemburg mit Unterstützung des Berichterstatters letztlich mit der Forderung nach Beseitigung der nationalen Vorbehalte durchsetzten, stimmten Delegierte aus Deutschland und Griechenland gegen diese Änderung. Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) erläuterte, Deutschland sei sich seiner Verantwortung innerhalb der NATO bewusst. Es sei unrealistisch, die komplette Beseitigung aller nationalen Vorbehalte zu verlangen, da praktisch alle Mitglieder

des Bündnisses welche hätten. Es sei viel besser, die Forderung nach einer Verringerung der nationalen Vorbehalte in die Entschließungen aufzunehmen. In der Diskussion dürfe auch nicht vergessen werden, dass die Bundeswehr nach dem Mandat des Deutschen Bundestages in Notsituationen den Verbündeten im Süden und Osten Afghanistans zur Hilfe kommen könne. Abg. **Ruprecht Polenz** (Deutschland) argumentierte, eine Forderung nach Beseitigung aller nationalen Vorbehalte würde Auswirkungen auf alle Operationen des Bündnisses haben. Dies sei unrealistisch, da viele Länder zum Beispiel den Parlamentsvorbehalt in ihren Verfassungen verankert hätten. Zur konkreten Forderung nach dem Einsatz der Bundeswehr im Süden und Osten Afghanistans erklärte der Abgeordnete, in diesem Fall müssten deutlich mehr Soldaten in dem Land stationiert werden, da der Abzug der Bundeswehr den Norden destabilisieren könne. Dies sei nicht im Interesse der NATO.

XI. Personalia

Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) wurde als Vorsitzender des Ausschusses wiedergewählt, genauso wie Abg. **Karl A. Lamers** (Deutschland) als Vorsitzender des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“. Abg. **Ruprecht Polenz** (Deutschland) bleibt weiterhin Berichterstatter des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“.

Zum neuen Generalberichterstatter des Politischen Ausschusses wurde Senator **Raynell Andreychuk** (Kanada) gewählt. Abg. **Ben Chandler** (Vereinigte Staaten) wurde stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses und Abg. **Bart van Winsen** (Niederlande) Berichterstatter des Unterausschusses für „NATO-Partnerschaften“.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Dienstag, den 14. November 2006 unter dem Vorsitz von Abg. **Joel Hefley** (Vereinigte Staaten) und am Mittwoch, den 15. November 2006 unter der Leitung des amtierenden Vorsitzenden Abg. **Joseph A. Day** (Kanada).

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Hauptthemen der Beratungen waren die Entwicklungen in Afghanistan und im Süd-Kaukasus, die Lehren aus den aktuellen Operationen der NATO sowie die Veränderungen in der US-Stationierungsstrategie im Ausland und deren Auswirkungen auf das transatlantische Bündnis.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfs über „Die Lehren der aktuellen Operationen der NATO“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Julio Miranda Calha (Portugal)

Generalberichterstatter **Julio Miranda Calha** skizzierte kurz, dass der Einsatz der NATO in Afghanistan eine notwendige Voraussetzung für die Stabilisierung des Landes sei und dass die Zusammenarbeit und Koordinierung mit anderen internationalen Organisationen und der Regierung Afghanistans entscheidendes Kriterium für den Erfolg der internationalen Bemühungen sei. Calha rekurrierte kurz auf die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Zeit und die strukturell verheerenden Auswirkungen des wachsenden und kaum zu kontrollierenden Drogenanbaus. Vor diesem Hintergrund müssten angesichts der bekannten Schwierigkeiten besonders die Kommunikation zwischen den beteiligten Streitkräften verbessert, die Truppenstärke aufgestockt und die Interoperabilität der Waffensysteme verbessert werden. Abschließend bemerkte er, dass die NATO in ihrem politischen Gewicht an dem Erfolg in Afghanistan gemessen werde.

Diskussion

Aus der Sicht von Abg. **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) müsse bei allen Anstrengungen besonders darauf geachtet werden, die Demokratieentwicklung im Land weiter zu befördern. Er betonte, dass die Operationsfähigkeit der NATO am Erfolg dieses Einsatzes gemessen werde. Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) zeigte sich beunruhigt über die jüngsten Entwicklungen Afghanistans seit Mai 2006; die Regierung verliere zusammen mit der internationalen Staatengemeinschaft geradezu rasant an Boden und die Bevölkerung zeige sich zunehmend enttäuscht. Vor diesem Hintergrund sei der Handlungsbedarf besonders hoch und eine Strategieüberprüfung drängend; der Kampf gegen die Taliban dürfe auf keinen Fall verloren werden. Abg. Nachtwei unterstrich den hohen Stellenwert der politischen Entwicklung Afghanistans in der aktuellen Diskussion im Deutschen Bundestag. Hinsichtlich der divergierenden Gefahrenlage im Norden und Süden des Landes betonte er jedoch, dass ein eventuell zukünftiger Einsatz der Bundeswehr im Süden unter parlamentarischem Vorbehalt stünde. Senator **Wayne Allard** (Vereinigte Staaten) äußerte seine Besorgnis über die Vielzahl der nationalen Vorbehalte, die die Handlungsfähigkeit der Einsatztruppe beeinträchtigten. Er forderte eine bessere Koordination zwischen den nationalen Truppenteilen. Im Hinblick auf die Drogenanbauproblematik sprach er die dahinter stehende Nachfrage insbesondere in den Ländern der westlichen Welt an und mahnte geeignetere Strategien zur Eindämmung der Nachfrage an. Abg. **Ran Cohen** (Israel) thematisierte die Unterstützung der Taliban durch das Ausland und betonte, dass aus ihrer Sicht in Afghanistan die Sicherheit vor dem Wiederaufbau kommen müsse. Bezüglich der einzelnen Änderungsanträge für den Entschließungsentwurf wurde insbesondere der Änderungsantrag zu nationalen Vorbehalten kontrovers diskutiert. In der Auseinandersetzung ging es besonders um die praktischen Folgen der nationalen Vorbehalte vor Ort und die daraus folgende Zielrichtung und genaue Formulierung des Änderungsantrages.

III. Vortrag von Michael Rubin, American Enterprise Institute und Verfasser des „Middle East Quarterly“ über „Bedeutung der iranischen Bedrohung für die regionale Stabilität“

Nach einem kurzen Abriss der kulturgeschichtlichen Wurzeln, der geographischen Ausdehnung des früheren

persischen Reiches und seiner Machtstrukturen im Vergleich zum heutigen Iran, skizzierte **Michael Rubin** die aktuelle politische Situation des Landes. Eigentliche Machtinhaber seien neben Staatspräsident Ahmadinejad nach wie vor die sog. Revolutionswächter, die die politischen Geschicke des Landes lenkten und damit auch die Entwicklung des Atomwaffenstreites. Iraner seien allgemein eher nationalistisch eingestellt. Aus dieser Haltung heraus erkläre sich auch die Einschätzung von etwa 80 Prozent der Iraner, dass sie ein Recht auf Atomwaffen hätten. Interessant dabei sei jedoch, dass sich etwa 70 Prozent der Iraner durch den Besitz von Atomwaffen nicht unbedingt sicherer fühlen. Betrachte man die Gesellschaft des Iran insgesamt, so kranke diese an einer überdurchschnittlich hohen Jugendarbeitslosigkeit und einer damit einhergehenden Perspektivlosigkeit, zudem ließe sich eine zunehmende innere Abwendung vom Gottesstaat erkennen. Abschließend beleuchtete Rubin den Anteil von Schiiten in islamischen Gesellschaften, der weltweit mit 15 Prozent insgesamt eher gering sei. Allerdings wären Schiiten in Saudi-Arabien, Irak und dem Iran überdurchschnittlich stark vertreten und dort entsprechend einflussreich.

IV. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ über „Die Rolle der NATO in der Region des Südkaukasus“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Frank Cook (Vereinigtes Königreich)

Aufgrund der Besonderheiten der Süd-Kaukasus-Region (Energievorkommen, Drogenhandel, Terrorismus) sowie unterschiedlicher Interessen von Georgien, Armenien und Aserbaidschan sei die Region Süd-Kaukasus für die NATO ein besonders schwieriges Terrain, erklärte Berichterstatter Abg. **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich). Eine Schlüsselrolle komme schließlich Aserbaidschan nicht nur in energiewirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf eine Lösung des Konfliktes um Berg-Karabach zu. Russland habe zudem erkennen lassen, dass es in das künftige Sicherheitskonzept für den Südkaukasus eingebunden bleiben möchte.

Diskussion

Abg. **Zuheyir Amber** (Türkei) beantragte die Streichung des Armenien betreffenden Teiles. Berichterstatter Abg. **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) lehnte dies kategorisch ab und verwies im Hinblick auf die Armenienproblematik auf die Arbeit der Minsk-Gruppe und der OSZE. Abg. **Artur Petrosyan** (Armenien) begrüßte diesen Ansatz ausdrücklich. Abg. **Giorgi Targamadze** (Georgien) warnte vor den Gefahren einer Militäraktion Russlands gegen Georgien. Ein Vertreter Russlands verwahrte sich gegen die Vorwürfe der georgischen Seite und forderte Georgien zu mehr Rechtsstaatlichkeit auf. Abg. **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) sprach daraufhin die russischen Reaktionen auf die Festnahmen russischer Offiziere in Georgien an und kritisierte deren Unverhältnismäßigkeit. Russland müsse die Souveränität Georgiens akzeptieren und auch dessen Wunsch, NATO-Mitglied zu werden. Gleichzeitig müsse Georgien hinsichtlich Südossetien Vorsicht walten lassen, um Russland nicht unnötig herauszufordern. Abg. **Giorgi Targamadze** (Georgien) unterstrich noch einmal die Berechtigung Georgiens, als souveräner Staat einen selbstbestimmten Weg gehen zu wollen.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ über „Der Wandel im fortschreitenden Einsatz des US-Militärs und die Auswirkungen auf das transatlantische Bündnis“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. John Shimkus (Vereinigte Staaten)

Berichterstatter **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) skizzierte kurz, die Veränderungen beruhten auf einer neuen Analyse der gegenwärtigen Sicherheitslandschaft. Es gehe darum, die Reaktionsfähigkeit auf kurzfristige Entwicklungen zu verbessern. Im Zuge dieser Umstrukturierungen werde eine Reduzierung der Präsenz amerikanischer Truppen in Europa vorgenommen. So sei geplant, die US-Truppen in Deutschland auf 70 000 zu reduzieren. Dies dürfe aber nicht als Ausdruck der Haltung gegenüber der NATO verstanden werden. Im Gegenteil, die Vereinigten Staaten bereiteten sich darauf vor, den kommenden Herausforderungen des Bündnisses effektiver zu begegnen.

VI. Vortrag von Generalmajor Hincke, Planungschef, kanadisches Verteidigungsministerium über „Kanadas Militäroperationen und die Umwandlungsprozess der kanadischen Militärstreitkräfte“

Generalmajor **Hincke** führte aus, dass der Einsatz kanadischer Streitkräfte in Afghanistan auf drei Säulen fuße: Diplomatie, Entwicklung und Sicherheit. Ein besonderes Augenmerk richte Kanada auf die zivile Entwicklung des Landes; so habe Kanada von 27 Projekten aus den Bereichen Aufbau von Schulen, Wiederherstellung von Infrastruktur und Wasserversorgung heute bereits 15 erfolgreich beendet. Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) lobte den erfolgreichen Einsatz der Kanadier und erkundigte sich hinsichtlich des Kampfes gegen die Taliban besonders im Süden des Landes nach der Akzeptanz der Bevölkerung und nach den Erfolgen der „local ownership-Strategie“. Generalmajor **Hincke** erklärte dazu, dass im Süden die Sicherung der Existenzgrundlage ein besonderes Problem darstelle und deshalb der Bevölkerung Alternativen zum lukrativen Drogenanbau nur schwer zu vermitteln seien. Zudem würde der Drogenanbau nicht nur von einheimischen Strukturen sondern auch von internationalen Gruppierungen gestützt, was eine Differenzierung zwischen den Interessensphären von Taliban, Warlords und Anderen und damit eine Bekämpfung erschwere. Insgesamt stehe die internationale Staatengemeinschaft deshalb vor gravierenden Problemen.

VI. Vortrag von Michael Kergin, früherer kanadischer Botschafter in den Vereinigten Staaten über „Grenzsicherheit in Nordamerika“

Im Hinblick auf die Lage an den Grenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada unterstrich **Michael Kergin** die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der kanadischen und amerikanischen Grenzbehörden und erläuterte einige gemeinsam abgestimmte Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung. So habe man für einzelne Schwachpunkte an den Grenzführungen wie z. B. einer Brücke zwischen Windsor und Detroit, über die 25 Prozent des Handels laufen würde, Lösungen für eine höhere Sicherheit erarbeitet. In personeller Hinsicht habe man die Zahl der Grenzpolizisten erhöht und zugleich mehr Mittel für die Bewaffnung der Grenzpolizei bereitgestellt. Vor allem aber müsse man der Bevölkerung immer wieder deutlich machen, dass eine terroristische Bedrohung fortbestehe und Nordamerika weiterhin Ziel eines oder mehrerer Anschläge sein könne. Um allen Beteiligten gerecht zu werden, gelte es ausgewogene Schutzkonzepte zu erarbeiten, die sowohl dem staatlichen Sicherheitsbedürfnis, individueller Bewegungsfreiheit und verschiedenen Handelsbedürfnissen gerecht würden. Hier zeige sich darüber hinaus sehr deutlich, dass die unterschiedlichen Gegebenheiten der Grenzführungen individuell angepasste Schutzmaßnahmen erforderten. Dies gebiete nicht zuletzt der Respekt vor der Souveränität der sich an Grenzen begegnenden Staaten und möglicher unterschiedlicher Bewertung von Sicherheitsrisiken. Diese Erwägungen zeigten, wie unabdingbar ein Ausbau der Kommunikation zu Sicherheitsfragen nicht nur bilateral oder multilateral, sondern letztlich global sei.

VI. Vortrag von Charles Phillipe David, Fachbereichsleiter für Strategische Studien an der Universität Montréal über „Entwicklungen der amerikanisch-kanadischen Beziehungen und der transatlantischen Beziehungen“

Charles Phillipe David gab einführend einen Überblick über die aktuellen bilateralen Beziehungen zwischen Kanada und den USA und über die transatlantischen Beziehungen. Abg. **Michalis Karimakhis** (Griechenland) erkundigte sich nach der Möglichkeit eines Einsatzes der NATO im Irak, der nach Einschätzung von **Charles Phillipe David** eher unwahrscheinlich sei, eher – so vermute er – würden sich die USA aus dem Irak zurückziehen. Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) lobte den vorbildlichen Einsatz Kanadas in internationalen Friedensmissionen und die Verpflichtung Kanadas in Afghanistan bis 2009. In Deutschland würde jeder Einsatz nur je für ein Jahr beschlossen, allerdings mit Verlängerungsoption. Aus seiner Sicht bedürfe es bei jedem Einsatz dreier Legitimierungen, der völkerrechtlichen, der gegenüber der Bevölkerung im Einsatzland und der gegenüber der Bevölkerung im Heimatland. Sowohl in Kanada als auch in Deutschland würden gerade zu Afghanistan heftige Debatten über Strategie und Ziel des Einsatzes in Afghanistan geführt. Um den jeweiligen Rückhalt in der eigenen Gesellschaft als auch in der afghanischen zu erhalten, bedürfe es jetzt einer nüchternen Analyse der Perspektiven und der dazu notwendigen Maßnahmen. **Charles Phillippe David** verwies auf den schwindenden Rückhalt in der kanadischen Bevölkerung und betonte die Notwendigkeit eines ehrlichen Umgangs mit der Tatsache, dass es sich bei dem Einsatz in Afghanistan nicht um einen klassischen Friedenseinsatz handele und dass das ursprünglich angestrebte Ziel zurzeit in weiter Ferne liege. Erschwerend komme hinzu, dass das Land keinerlei Erfahrungen im Umgang mit Demokratie und mit marktwirtschaftlichen Strukturen habe und als einzige wirtschaftliche Grundlage den Drogenanbau aufweise. Man könne deshalb nicht erwarten, dass der Wiederaufbau in wenigen Jahren zu erledigen sei, vielmehr müsse man realiter mit mindestens 25 Jahren rechnen. Zudem behinderten die schwierigen Entwicklungen und die damit verbundene Kräftebindung im Irak den Fortschritt in Afghanistan. Nach seiner Einschätzung bedürfe es einer deutlichen Aufstockung der Streitkräfte. Vergleiche man allein kräftemäßig den Einsatz in Bosnien mit dem in Afghanistan, zeige sich dass man mit zahlenmäßig starken Verbänden eine erfolgreiche Befriedung erreicht habe.

VII. Personalia

Zum neuen Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses wurde Abg. **Julio Miranda Calha** (Portugal) gewählt. Abg. **Francesco Bosi** (Italien) wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden und Abg. **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) zum Generalberichterstatter gewählt.

Für den Unterausschuss „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ wurde Abg. **Sverre Myrli** (Norwegen) zum Berichterstatter gewählt.

Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Dienstag, dem 14. November 2006 unter dem Vorsitz des Abg. **Paul Gillmor** (Vereinigte Staaten).

I. Überblick über Tagesordnung und Themen

Zentrale Themen der Sitzung waren der Stand der Welthandelsgespräche, die Situation in der Ukraine, der Zusammenhang von Energie und Sicherheit sowie die Entwicklungen in China.

II. Bericht von Ann Weston, Vizepräsidentin und Forschungskoordinatorin des Nord Süd-Instituts, Ottawa, zum Thema „Die globale Agenda der Wirtschaftsentwicklung und der Stand der Welthandelsgespräche“

Ann Weston umriss den Stand der im Jahr 2001 im Rahmen der Doha-Runde begonnenen Welthandelsgespräche. Ziele waren die Stärkung der WTO, Korrektur bestehender Ungleichgewichte und Liberalisierung des internationalen Handels zur Schaffung günstigerer Bedingungen für die Entwicklungsländer und damit deren weitere Integration in die Weltwirtschaft. Im Juli 2006 wurden die

Verhandlungen für gescheitert erklärt. Die große Kluft zwischen Nord und Süd, die Uneinigkeit beim Abbau der Agrarsubventionen, zu wenig Übereinstimmungen zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern bei der Weiterentwicklung von Handelsliberalisierungen sowie das Fehlen eines einheitlichen Ansatzes unter den Entwicklungsländern seien dafür die Hauptgründe. Dadurch hätten regionale und bilaterale Handelsabkommen zugenommen. Diese seien kein adäquater Ersatz, weil den nicht beteiligten Ländern weiterhin eine stärkere Integration in den Weltmarkt verwehrt bleibe. Weston erklärte, sie halte die Feststellung für verfrüht, dass die Verhandlungen gescheitert seien. Internationale Handelsabkommen und die grundsätzlichen Ziele der WTO hätten weiterhin Vorrang, damit nicht nur stärkere Partner ihre Bedingungen durchsetzten. Eine Schlüsselrolle komme der WTO zukünftig in größerem Umfang in Handelsstreitfragen zu. Auch seien neue Initiativen, wie „Aid for Trade“, sinnvoll und viel versprechend. Abschließend warb **Weston** für die Milleniumsziele, um günstigere Handelsregeln und eine größere Bereitschaft der Industrieländer zur Liberalisierung der Märkte sowie zum Abbau von Subventionen zu erreichen. Auch sei eine größere finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer notwendig.

Diskussion

Abg. **Jos van Gennip** (Niederlande) und Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) sprachen die bisherige Haltung der USA bei den Verhandlungen an und erbaten eine Einschätzung der Auswirkungen der jüngsten Wahlergebnisse. Die US-amerikanischen Abg. **John Tanner** und Abg. **John Boozman** sahen im Kongress eine größere Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft zwischen den Mitgliedern der Mehrheit und der Minderheit und damit die Möglichkeit für eine veränderte Position bei den Verhandlungen. Ein Mitglied der belgischen Delegation vermisste in dem Vortrag den Dienstleistungsbereich und die Bedeutung des Umweltschutzes. Die positiven Auswirkungen von regionalen Verhandlungen seien oft größer als die durch die Doha-Runde erreichten Veränderungen. Er erklärte, Fortschritte in einer Gesellschaft hingen nicht nur von der Wirtschaftsentwicklung ab. Auf die Frage des Abg. **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) nach den Folgen der neuen EU-Zuckerregelung plädierte **Weston** für eine Studie über deren Auswirkungen. Für die karibischen Erzeuger gäbe es oftmals kaum Alternativprodukte. Abg. **Kurt Bodewig** (Deutschland) sah die Schlüsselrolle für den Fortgang der Verhandlungen bei den USA. Zu viele unterschiedliche regionale Abkommen führten zu einer neue Unübersichtlichkeit bei den Regelungen. Er plädierte für eine stärkere Fokussierung auf die Verbindung von Umwelt und Handel und fragte nach den Konsequenzen bei einem endgültigen Scheitern der Doha-Runde. **Weston** erklärte, die WTO könne aus erfolgreichen regionalen Vereinbarungen und auch aus der Harmonisierung von Umwelt und Handel lernen. Der Dienstleistungsbereich sei sicher ein Schlüsselbereich, aber auch ein komplexes und kompliziertes Problem.

III. Bericht von Taras Kuzio, Senior Transatlantic Fellow, George Marschall Fund der USA, George Washington Universität, zum Thema „Die Situation in der Ukraine“

Taras Kuzio konzentrierte seine Darstellung auf die aktuelle Außen- und Sicherheitspolitik der Ukraine nach der Orangenen Revolution. Die Verfassungsreform und damit die Stärkung der parlamentarischen Demokratie seien bedeutend gewesen. Die Ernennung von Janukowitsch zum neuen Ministerpräsidenten habe in der EU und den USA Enttäuschungen ausgelöst. Die begonnenen Reformen seien jedoch kaum mehr umzukehren. Große Fortschritte könne man bei der Pressefreiheit, den freien Wahlen und im politischen Wettbewerb feststellen. Verstärkte Bemühungen seien weiterhin bei der Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit und im Kampf gegen die Korruption erforderlich. Kuzio fuhr fort, in der Zeit der Premierministerin Timoschenko strebte Präsident Juschtschenko als Neuorientierung der ukrainischen Außenpolitik die Annäherung der Ukraine an Europa und die Integration in euroatlantische Strukturen an. Unter dem neuen Regierungschef Janukowitsch scheine die außenpolitische Ausrichtung eher wieder zurück zu der „Multivektor“-Außenpolitik zu streben. Eine klare außenpolitische Linie sei auf Grund eines Kompetenzkonfliktes zwischen Präsident und Premierminister nicht erkennbar. Die Beziehungen der Ukraine zur NATO hätten sich seit dem im Jahr 2002 geäußerten Beitrittswunsch und über die Intensivierung der Gespräche im Jahr 2005 verändert. Der Krieg im Irak, eine antiamerikanische Propaganda und die Wahl des neuen Regierungschefs hätten die NATO-Mitgliedschaft für viele Ukrainer weniger erstrebenswert gemacht, aktuell seien 60 Prozent gegen einen Beitritt, nur 20 Prozent dafür.

Diskussion

Ein großer Teil der ausländischen Direktinvestitionen gehe auf ukrainische Auswanderer zurück, betonte **Kuzio.** Sie hätten auch den Wahlkampf finanziell unterstützt. Abg. **Kurt Rossmanith** (Deutschland) fragte, ob die „Aufteilung der Ukraine“ nur parteipolitisch oder auch geographisch gemeint gewesen sei. Die Bevölkerung im Osten des Landes habe eine starke Anbindung an Russland. **Kuzio** erklärte, er sehe kein Interesse der Einwohner im Osten der Ukraine für einen Zusammenschluss mit Russland, ein Separatismus sei nur auf der Krim offensichtlich. Durch die Einrichtung einer Freihandelszone mit der EU werde mittelfristig auch das Interesse der Ukraine an Kontakten und Handelsbeziehungen zur GUS geringer werden.

IV. Geplante Aktivitäten des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ im Jahr 2007

Der Vorsitzende des Unterausschusses, Abg. **Kurt Bodewig** (Deutschland), kündigte Besuche in Kiew und Tiflis an. Er bot an, sich in einem Sonderbericht mit der Problematik in der Republik Moldau zu befassen. Abg. **Irakli Kavtaradze** (Georgien) dankte dem Ausschuss für das Interesse an seinem Land und verwies auf die guten wirtschaftlichen Entwicklungen. Das größte aktuelle Pro-

jekt der steigenden ausländischen Investitionen seien die Öl- und Erdgas-Pipelines, die unter Umgehung der Territorien Russlands und Irans Rohstoffe aus dem Kaspischen Meer über Georgien in die Türkei und von dort weiter auf den europäischen Markt befördern sollen. Er betonte die Entschlossenheit Georgiens, die Kooperation mit dem Westen zu vertiefen.

V. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über den „Übergang in der Ukraine“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Magnus Hanson (Estland)

Berichterstatter Abg. **Magnus Hanson** (Estland) fasste kurz die Entwicklungen in der Ukraine im letzen halben Jahr zusammen. Die Verlangsamung der Wirtschaftsentwicklung habe zu Frustrationen im Land geführt. Unsicherheit herrsche auch durch die Wahl des Regierungschefs Janukowitsch. Die weitere Stärkung der Demokratie sei entscheidend, ein Anreizsystem müsse für die Bevölkerung geschaffen werden, um wirtschaftliche und politische Reformen zu verstärken. Die Ukraine sei ein wichtiger geostrategischer Akteur.

Diskussion

Der Bericht wurde gelobt als ein wichtiger Beitrag für das Verständnis der Situation der Ukraine. Ein Mitglied der russischen Delegation bezeichnete ihn als sehr objektiv, die weit reichenden Schlussfolgerungen seien ausgewogen. Der Bericht wurde ohne Änderungen angenommen.

VI. Geplante Aktivitäten des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ im Jahr 2007

Der Vorsitzende des Unterausschusses, Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich), kündigte eine Reise nach Japan und die Teilnahme an der Konferenz für Umwelt- und Energiesicherheit in Budapest im November an. Bedeutend sei der Besuch in China gewesen, der an den Besuch im Vorjahr angeknüpft habe. Der chinesische Botschafter in Kanada, **Shumin Lu,** zeigte kurz die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in China auf. Ökonomische Reformen hätten China zur viertgrößten Wirtschaft der Welt wachsen lassen. Entwicklungshemmnisse seien im Moment ein Mangel an Innovation, ein niedriges technisches Niveau, Umweltprobleme und eine schwache Verwaltung. China habe erkannt, dass eine Harmonisierung der Gesellschaft durch mehr Demokratie und Liberalisierung auch wissenschaftliche Entwicklungen fördere. Die chinesische Außenpolitik setze auf eine friedliche Koexistenz mit anderen Ländern, basierend auf Kooperation.

VII. Beratung des Sonderberichtsentwurfes „Überwachung der Verpflichtungen der G8 gegenüber Entwicklungsländern“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Hugh Bayley (Vereinigtes Königreich)

Berichterstatter Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) erklärte, die internationale Gemeinschaft stehe vor großen Schwierigkeiten, das erste Milleniums-Entwicklungsziel bis 2015 zu erreichen: „Beseitigung der extremen Armut und des Hungers: Der Anteil der Menschen, die unter Hunger leiden, soll um die Hälfte gesenkt werden“. Themen waren auch die Aussetzung der Doha-Runde und der Konflikt in Darfur. Er betonte erneut die besondere Verpflichtung der Parlamentarier, die Einhaltung der Zusagen der Regierungen zu überwachen.

Diskussion

Abg. **Jos van Gennip** (Niederlande) warb für eine umfangreiche Veröffentlichung des Berichts. Berichterstatter **Bayley** erklärte, er wolle den Bericht der OECD zuleiten und für die Sitzung im Februar 2007 um eine Stellungnahme bitten. Er übernahm einzelne Änderungen und ergänzte „best-practice-Beispiele“ aus der Türkei und Griechenland. Der Bericht wurde entsprechend geändert angenommen.

VIII. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ über „Die Herausforderung von Chinas Entwicklung“, vorgelegt von Mitberichterstatter Abg. Petras Austrevicius (Litauen) und Mitberichterstatter Abg. John Boozman (Vereinigte Staaten)

In seiner Darstellung konzentrierte sich Mitberichterstatter Abg. **Petras Austrevicius** (Litauen) auf das ungleiche Wirtschaftswachstum in den Städten und ländlichen Gebieten Chinas. Trotz eines Wachstums von 10 Prozent sei es noch immer ein Entwicklungsland. Er thematisierte die erhebliche Zunahme der Umweltverschmutzung durch die Wirtschaftsentwicklung. Der Bericht empfehle deshalb auch, China stärker in den Energiedialog einzubeziehen. Das Land müsse ermutigt werden, mehr im sozialen Bereich und für die Landbevölkerung zu investieren. Mitberichterstatter Abg. **John Boozman** (Vereinigte Staaten) zeigte die politische und ökonomische Kooperation zwischen China und den USA auf. China sei ein wichtiger Partner bei der Lösung der Konflikte mit Nordkorea und dem Iran. Er betonte Chinas Bedeutung für die Stabilität in der Region und sprach sich für eine Fortsetzung des Dialogs und der Kooperation aus. Problematisch seien jedoch weiterhin der Eingriff in die Preisgestaltung durch die künstliche Abwertung des Yen und der laxe Umgang mit dem Schutz des geistigen Eigentums. Der Bericht wurde ohne Änderungen angenommen.

IX. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Energiesicherheit“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Jos van Gennip (Niederlande)

Generalberichterstatter **Jos van Gennip** erklärte, nationale Ansätze allein seien zur Sicherung der Energieversorgung nicht mehr ausreichend. Die strategischen Herausforderungen im Energiebereich erforderten ein vielschichtiges, multidisziplinäres Reagieren. Die wirtschaftliche Entwicklung, die Steigerung der Energieeffi-

zienz, technologische Fortschritte sowie Änderungen in der Politik hätten in den letzten 50 Jahren dazu beigetragen, das Wirtschaftswachstum in vielen Industrieländern von der Intensität des Energieeinsatzes und -verbrauchs abzukoppeln. Mehr Investitionen und staatliche Unterstützung für erneuerbare Energieträger seien für einen Energiemix auf einer breiteren Grundlage erforderlich. Die enorme Energienachfrage Chinas habe zu einer signifikanten Verknappung an den Energiemärkten und einem allgemeinen Anstieg der Preise geführt. Die Entwicklungsländer würden damit in eine schwierige Situation geraten. Die Einführung von erneuerbaren Energietechnologien sei hier anzustreben. Eine gesteigerte Effizienz in Produktion, Transport, Vertrieb und Verbrauch werde daher von entscheidender Bedeutung sein, wenn die Weltwirtschaft das Wachstum Asiens verkraften wolle. Abschließend thematisierte van Gennip die Gefahr der Unterbrechung der Belieferung des Weltmarktes mit Öl und Gas. Europa und Amerika müssten ihre Interessen in der Energiesicherheit untereinander abstimmen. Planungen für potentielle Energiekrisen zur Sicherung der Versorgung der Mitgliedstaaten, auch unter Beteiligung der NATO, seien überfällig. Van Gennip warb für einen vertieften multilateralen Energiedialog.

Diskussion

Generalberichterstatter Abg. **Jos van Gennip** zeigte auf Nachfrage die Wechselwirkungen von Energie, Demokratie- und Wirtschaftsentwicklung sowie Friedenssicherung auf. Der Kritik des Abg. **Theo Maissen** (Schweiz) an der allgemein „stiefmütterlichen" Behandlung der erneuerbaren Energien entgegnete **van Gennip**, diese Energieträger lieferten keine kurzfristigen Lösungen. Im Rahmen langfristiger Planungen seien sie jedoch einzubeziehen. Er warb dafür, dem Iran Alternativen zur Urananreicherung aufzuzeigen. Der Bericht wurde mit Ergänzungen angenommen.

X. Beratung und Verabschiedung der Entschließung zum Thema „Die Verbesserung der weltweiten Energiesicherheit"

Der Entschließungsentwurf wurde diskutiert und mit zwei Änderungen verabschiedet.

XI. Personalia

Der Ausschuss wählte zum neuen Vorsitzenden Abg. **John Tanner** (Vereinigte Staaten), zum stellvertretenden Vorsitzenden Abg. **Jos van Gennip** (Niederlande) und zum Generalberichterstatter Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich).

Für den Unterausschuss „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz" wurde Abg. **Adriano Paroli** (Italien) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Für den Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen" wurden **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) zum Vorsitzenden und Abg. **Jean-Luc Reitzer** (Frankreich) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Alle anderen Mandatsträger wurden per Akklamation wiedergewählt.

Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

I. Tagesordnung

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am 14. und 15. November 2006 unter dem Vorsitz des Abg. **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich). Im Rahmen der Ausschusssitzung wurden Vorträge gehalten von **Botschafter Donald Hays** über die Perspektiven Bosniens und Herzegowinas, von **Professor Sami Aoun** und **Professor Wesley Wark** zu den Herausforderungen eines in Kanada generierten Terrorismus, von **Botschafter David Pratt** zur Arbeit des Roten Kreuzes und von **Ministerin Josée Verner** zum kanadischen Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan. Die vom Ausschuss zu beratenden Berichtsentwürfe behandelten die Themen Bosnien und Herzegowina, NATO und Zivilschutz sowie Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum. Der Ausschuss stimmte außerdem über zwei Entschließungen zu den Beziehungen zwischen Georgien und der Russischen Föderation sowie zur Zukunft von Bosnien und Herzegowina in der euro-atlantischen Gemeinschaft ab.

II. Vortrag von Botschafter Donald Hays, Chief Operating Officer, Business Executives for National Security, zum Thema „Bosnien und Herzegowina: Perspektiven nach den Wahlen vom Oktober"

Botschafter Donald Hays gab eine kritische Einschätzung des Engagements der internationalen Gemeinschaft bei dem Wiederaufbau und der Stabilisierung in Bosnien und Herzegowina. Hays' Auffassung nach demonstrierten die gewonnenen Erfahrungen das Erfordernis eines kohärenten Plans, eines klaren Konzeptes für einen Endzustand, einer vereinten Kommandostruktur und eines Bottom-up-Ansatzes. Das Land habe noch einen langen Weg vor sich, um starke Institutionen aufzubauen. Hays hob insbesondere die bedeutende Rolle führender Persönlichkeiten der EU und der Vereinigten Staaten bei der Förderung des institutionellen Rahmens für Bosnien und Herzegowina hervor und wies auf die Notwendigkeit hin, Bosnien und Herzegowina eine klare euro-atlantische Perspektive aufzuzeigen.

Diskussion

Auf die Frage von Abg. **Jane Cordy** (Kanada), ob die internationale Gemeinschaft aus der mit Bosnien und Herzegowina gemachten Erfahrung gelernt habe, dass demokratische Reformen von unten nach oben umgesetzt werden sollten, erklärte **Botschafter Hays**, dass die Entwicklung landesspezifischer Strategien verbessert werden müsse. Was den zukünftigen institutionellen Rahmen anbelange, nach dem Abg. **Vitalino Canas** (Portugal) sich erkundigte, müsse die internationale Gemeinschaft sich

besser und schneller auf Verhandlungsgespräche vorbereiten und eine kohärente Position sowohl in Bezug auf das Endziel wie auch zu dem Weg dorthin vertreten. In Beantwortung einer Frage von Abg. **Barbara Haering** (Schweiz) betonte **Botschafter Hays**, die Auflösung der Funktion des Hohen Beauftragten für Bosnien und Herzegowina (OHR) müsse sehr umsichtig erfolgen. In Bosnien und Herzegowina wachse zwar eine gemeinsame Vision über die Zukunft des Landes, aber die Jugend habe wenig Vertrauen. Ein Großteil möchte das Land verlassen, um Ausbildung und Arbeit zu finden, antwortete er auf eine Frage von Abg. **Eirin Faldet** (Norwegen).

Was die juristische Verfolgung von Kriegsverbrechern und die Aussichten auf eine euro-atlantische Integration betreffe, nach denen sich Abg. **Vitalino Canas** (Portugal) und Abg. **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) erkundigten, sei es – so **Botschafter Hays** – nicht sinnvoll, den Umgang mit Kriegsverbrechern zu einer Messlatte für den Fortschritt in Bosnien und Herzegowina zu machen, zumal sich die Täter nicht länger im Land befinden und auch die NATO sie nicht hat festnehmen können. Die NATO solle einen Weg finden, das Land in das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP-Programm) aufzunehmen. Schließlich biete die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU einen starken Anreiz für weitere Reformen, wobei jedoch die Behörden des Landes weiterhin Rat und Beistand bei diesem schwierigen Prozess benötigen. In Beantwortung von Fragen des Abg. **Ahmet Faruk Ünsal** (Türkei) und des Abg. **Vitalino Canas** (Portugal) ging **Botschafter Hays** auf die Beziehungen zwischen Serbien mit Bosnien und Herzegowina ein. Er bezweifelte, dass Bosnien und Herzegowina Radikalmaßnahmen ergreifen, sollte das Kosovo unabhängig werden. Priorität habe der Aufbau des eigenen Landes. Bei einer Reduzierung der internationalen Militärpräsenz in Bosnien und Herzegowina seien die Erwartungen der Bevölkerung an ihre Sicherheit zu berücksichtigen.

Abg. **Mihail Lupoi** (Rumänien) erkundigte sich nach der Rolle der Religion im politischen Leben. Sie habe laut Auskunft von **Botschafter Hays** bei den verfassungsrechtlichen Debatten faktisch keine Rolle gespielt.

III. Panel mit Sami Aoun, Professor, Department of History and Political Science, University of Sherbrooke, und Wesley Wark, Professor, International Relations Program, Munk Center for International Studies, Toronto University, zum Thema „Die Herausforderungen eines in Kanada generierten Terrorismus „

Professor Sami Aoun konstatierte, dass auch Kanada inzwischen vom Terrorismus betroffen sei, was Auswirkungen auf die kanadische Gesellschaft als multikulturelles Modell habe. Junge kanadische Muslime seien mit völlig divergierenden Ansichten – radikaler Islam oder ein liberales, säkulares Kanada – konfrontiert. Die kanadische Außenpolitik sei ebenfalls betroffen. Das Bedürfnis nach der Schaffung einer Sicherheitsgrenze rund um Nordamerika kollidiere mit der Besorgnis über einen Verlust an Unabhängigkeit. Eine Reaktion, die sich nur auf die Durchsetzung von Gesetzen und Sicherheitsaspekten konzentriere, sei aber nicht ausreichend. Kanadas Beteiligung in Afghanistan habe sein Ansehen bei Muslimen beschädigt. Professor Aoun rief die kanadische muslimische Gemeinschaft zu einer Diskussion darüber auf, wie auf den Extremismus zu reagieren sei.

Professor Wesley Wark stimmte zu, dass Kanada nicht immun gegen Radikalismus sei, aber andererseits frei von den Lasten früherer Kolonialmächte. Die Außen- und Innenpolitik sei geprägt von gemäßigtem Konservatismus und Zurückhaltung, es gebe jedoch einige Konfliktherde, wie z. B. die Beteiligung in Afghanistan, Diskriminierung seiner muslimischen Gemeinde, die Neuausrichtung seiner Außenpolitik und Geheimhaltung einiger Einwanderungspraktiken und nachrichtendienstlicher Methoden. Die zukünftige Antiterrorismuspolitik solle ihre Prioritäten auf einen guten Nachrichtendienst, gute Strafverfolgung und innergesellschaftliche Beziehungen legen.

Diskussion

In Beantwortung einer Frage des Abg. **Bert Middel** (Niederlande) zur öffentlichen Wahrnehmung von Multikulturalismus und Terrorismus in Europa und Kanada verwiesen sowohl **Professor Aoun** als auch **Professor Wark** darauf, dass Geschichte es ermögliche, unterschiedliche Auffassungen zu verstehen. Kanada sei ein Einwanderungsland, es gebe keine ethnischen Ghettos an den Rändern großer Städte und Kanada habe bisher keinen Terrorismus auf seinem Territorium erlebt. Dies sei der Grund dafür, warum die Kanadier Vertrauen in ihr Model von Multikulturalismus haben. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich, wie Kanada für einen chemischen, biologischen, radiologischen oder nuklearen (CBRN) Angriff gewappnet sei. **Professor Wark** entgegnete, dass die Bevölkerung sich des Problems wegen der kanadischen Geheimhaltungspolitik nicht bewusst sei, die Regierung aber neue Fähigkeiten im Verteidigungsministerium geschaffen habe. Der Schutz der Öffentlichkeit habe jedoch noch nicht ausreichend Aufmerksamkeit erfahren und Katastrophenschutzübungen stehen noch aus. Auf die Frage der Abg. **Barbara Haering** (Schweiz) zu Kanadas Nutzung von Inlands- im Vergleich zu Auslandsnachrichtendiensten und ihrer Kontrolle antwortete **Professor Aoun**, darin liege eine der Herausforderung im Kampf gegen den Terrorismus, da Demokratien manchmal von Nachrichtendiensten undemokratischer oder unzuverlässiger Regime abhingen. Kanada habe sich nach dem Zweiten Weltkrieg gegen einen Auslandsnachrichtendienst entschieden, der Inlandsnachrichtendienst habe seitdem einige Auslandsaufgaben übernommen und gehöre zu den meistkontrollierten Nachrichtendiensten der Welt. In Bezug auf den Umgang der Vereinigten Staaten und Kanada mit Terrorismus, nach dem sich Abg. **Vitalino Canas** (Portugal) erkundigte, führte **Professor Wark** aus, dass die amerikanischen Gesetze den Behörden umfassendere Befugnisse einräumen. Kanada sehe sich gezwungen, seine Antiterrorismusstrategie mit den Vereinigten Staaten stärker zu koordinieren. Nach An-

sicht des Abg. **Ahmed Faruk Ünsal** (Türkei) sollte Islam nicht mit Terrorismus gleichgesetzt werden. Es sei notwendig, neuere Entwicklungen in der muslimischen Gesellschaft zu berücksichtigen und die Gründe für ihre Wut zu verstehen. Das Hauptproblem sei der andauernde Konflikt im Mittleren Osten. **Professor Aoun** stimmte zu, dass muslimische Gemeinschaften sich als Opfer sehen und es auf Grund des internationalen Ungleichgewichts Wut entstehe, was aber Gewalt nicht rechtfertige. **Professor Wark** unterstrich die wichtige Rolle der Türkei, der Welt den Islam verständlich zu machen, bezweifelte jedoch, dass eine Lösung des Palästinaproblems den Terrorismus beenden würde. Abg. **Ann McKechin** (Vereinigtes Königreich) fragte, ob ein Risiko bestehe, dass muslimische Gemeinschaften zu geschlossenen, isolierten Gruppen werden. **Professor Aoun** erwiderte, dass Moslems in Kanada dazu tendieren, Elemente ihrer muslimischen Identität dem multikulturellen kanadischen System anzupassen. Das Recht auf individuelle Ausübung des muslimischen Glaubens, wie z. B. das Tragen des Kopftuchs, werde gefördert, spezielle Einrichtungen, wie z. B. muslimische Gerichte, jedoch nicht. **Professor Wark** stimmte zu, dass die Situation in Kanada unüberschaubarer sei als im Vereinigten Königreich, da es keine identifizierte Gruppe von muslimischen Führern gebe. Auf die Frage des Abg. **Mikhail Kapura** (Russische Föderation) zur Auswirkung illegaler Einwanderung auf den Terrorismus stimmten beide Redner darin überein, dass illegale Einwanderung für Kanada keine bedeutende Bedrohung sei und der Ansatz mehr darauf abziele, mit den Bedrohungen in den Herkunftsländern umzugehen. Beide stimmten auch Abg. **Franco Monaco** (Italien) zu, dass die NATO ihre Reaktionen auf die Herausforderungen des Terrorismus besser kommunizieren müsse ebenso wie diese Herausforderung eine Neudefinierung des Mandats der Allianz vorangetrieben habe.

IV. Beratung des Generalberichtsentwurfes über „Perspektiven für die Zeit nach Dayton“ vorgelegt von Generalberichterstatter Vitalino Canas (Portugal)

Generalberichterstatter Abg. **Vitalino Canas** (Portugal) stellte seinen Berichtsentwurf vor und begründete dessen etwas weniger optimistischen Ton. Obwohl es in Bosnien und Herzegowina im Oktober 2006 freie und faire Wahlen gegeben habe, habe die Kampagne, die zu diesen Wahlen führte, zu politischer Polarisierung, radikal nationalistischer Rhetorik und einem Stopp des Reformprozesses geführt. Prioritäten der neuen Regierung sollten der Start des konstitutionellen Reformprozesses und der Polizeireform, die Verbesserung der innerstaatlichen Kriegsverbrecherprozesse, der Abschluss der Eigentumsrückübertragung und die Reform des Bildungssystems und der Wirtschaft sein.

Diskussion

Abg. **Halid Genjac** (Bosnien und Herzegowina) begrüßte die ausgewogene und realistische Einschätzung und stimmte zu, dass der Reformprozess stagniere, da das Land sich derzeit im Kreis drehe: es könne der EU mit dem OHR nicht beitreten, ohne OHR aber die Reformen nicht in Angriff nehmen. Der Vorsitzende Abg. **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) schlug vor, dass die Ausschussmitglieder an ihre jeweiligen Außenministerien schreiben, um diese Probleme bei EU-Treffen anzusprechen.

V. Vortrag von Botschafter David Pratt, Berater und Sonderbotschafter für das kanadische Rote Kreuz, zum Thema „Das Rote Kreuz als ein strategisches Instrument“

Botschafter David Pratt führte kurz in die Geschichte der Bewegung des Roten Kreuzes ein und stellte dann die gegenwärtige Struktur der Organisation vor. Die einzigartige und privilegierte Partnerschaft zwischen den nationalen Rot-Kreuz-Gesellschaften und den nationalen Regierungen erlaube es dem Roten Kreuz, humanitäre Leistungen in Übereinstimmung mit den Grundwerten zu erbringen. Damit diese Beziehung funktioniert, seien regelmäßige Kommunikation und eine solide gesetzliche Grundlage für die Arbeit des Roten Kreuzes erforderlich. Dies kann in Form einer Vereinbarung mit den nationalen Ministerien geschehen, damit eine bestmögliche Nutzung sowohl der strategischen wie auch taktischen Instrumente des Roten Kreuzes gewährleistet sei.

Diskussion

Abg. **Hellmut Königshaus** (Deutschland) erkundigte sich, wie Rot-Kreuz-Strukturen an solchen Orten wie Afghanistan und Irak aufgebaut werden können. **Botschafter Pratt** antwortete, dass sowohl Afghanistan wie auch der Irak Mitglieder der Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften seien, es aber für die nationalen Gesellschaften schwierig sei in Ländern tätig zu werden, wo humanitäre Arbeit nicht respektiert werde. Eingehend auf die Frage von **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich), wie die nationalen Rotkreuz-Gesellschaften auf terroristische CBRN-Angriffe vorbereitet seien, antwortete **Botschafter Pratt**, dass solche Notfälle ein hohes Niveau an Vorbereitung und Fachwissen erfordern, das üblicherweise in staatliche Strukturen eingebettet sei. Insofern sei die Zusammenarbeit mit den nationalen Regierungen besonders wichtig. Rotkreuz-Gesellschaften bereiten sich mehr auf große Pandemien vor. Auf die Frage des Abg. **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich), ob es Vereinbarungen mit nationalen Regierungen in anderen Ländern gebe, erklärte **Botschafter Pratt,** das Rote Kreuz ermutige zu solchen Abkommen, da sie helfen, die Beziehung zu gestalten und die Lasten der Finanzierung von Einsätzen zu teilen.

VI. Beratung des Sonderberichtsentwurfes über „Die NATO und der Zivilschutz“ vorgelegt von Sonderberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Sonderberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) erläuterte, sein Berichtsentwurf unterscheide zwi-

schen einem Beitrag der NATO zu einem zivilen und einem militärischen Zivilschutz. Bei ersterem spiele die NATO nur eine Nebenrolle, da dieser Bereich in die nationale Souveränität falle. Beim militärischen Zivilschutz habe die NATO jedoch Wege entwikkelt, um ihre militärischen Fähigkeiten zur Prävention oder bei zivilen Notlagen einzusetzen. Eine Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, wie der EU und den Vereinten Nationen (VN) sei wichtig. Es stelle sich die Frage, wie diese Organisationen mit kleinen und großen bis hin zu nuklearen Katastrophen umgehen könnten. Empfehlenswert sei ein Besuch im Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre (EADRCC) im NATO-Hauptquartier. Abschließend äußerte er die Hoffnung, dass das Thema beim NATO-Gipfel in Riga auf der Tagesordnung stehe.

Diskussion

Abg. **Franco Monaco** (Italien) vertrat die Auffassung, dass der NATO Werkzeuge an die Hand gegeben werden müssen, um den gegenwärtigen Sicherheitsbedrohungen entgegentreten zu können, wobei jedoch vorher die Aufgaben der NATO zu klären seien. Sonderberichterstatter **Lord Jopling** erläuterte, dass er mit dem Berichtsentwurf versucht habe, die Schwierigkeiten der Konsensfindung in Bezug auf die Rolle der NATO darzustellen. Es gebe Mitgliedsländer, die fordern, sich auf das zu beschränken, was man schon immer gemacht habe. Die NATO werde hoffentlich beim Gipfel in Riga Fortschritte in dieser Angelegenheit erzielen. Abg. **Barbara Haering** (Schweiz) erkundigte sich nach der Schnittstelle zwischen ziviler und militärischer Intervention, die in jedem Land historisch bedingt anders sei, und wie sich dies auf die Reaktionen der NATO auswirke, wenn sie zu Auslandseinsätzen gerufen werde. **Lord Jopling** wies darauf hin, dass dies eine Schlüsselfrage sei und die NATO wohl nur auf ad hoc-Basis Konsens erreichen werde.

Der Berichtsentwurf wurde vom Ausschuss einstimmig angenommen.

VII. Vortrag von Josée Verner, Ministerin für Internationale Zusammenarbeit und Ministerin für die Frankophonie und Offizielle Sprachen

Ministerin Josée Verner, die an die Allianz appellierte, sich weiterhin für Hilfe für das afghanische Volk einzusetzen, stellte verschiedene Aspekte des kanadischen Engagements in Afghanistan vor. Kanadas Ansatz gründe sich auf drei „D“: defence, diplomacy, development (Verteidigung, Diplomatie, Entwicklung). Sie habe mit der afghanischen Ministerin für Frauenfragen und der Leiterin des Büros für Frauenfragen Gespräche geführt. Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekte gebe es insbesondere in der Region Kandahar. Sie richten sich vor allem an Kinder und Frauen, da sie wichtige Zielgruppen für die Förderung der Demokratisierung Afghanistans seien. Wenn die Sicherheit gewährleistet sei, sei auch eine Implementierung von Programmen möglich.

Diskussion

Bezüglich der Rolle der Frauen in der neuen afghanischen Regierung, nach der sich Abg. **Ann McKechin** (Vereinigtes Königreich) erkundigte, erklärte **Ministerin Verner**, dass die neue Verfassung gleiche Rechte für Männer und Frauen garantiere, gleichwohl jedoch noch viel getan werden müsse. Abg. **Vitalino Canas** (Portugal) drückte seine Sorge über das bestehende Problem des Opiumanbaus aus. **Ministerin Verner** informierte, dass Kanada 30 Mio. Dollar investiert habe, um den Bauern alternative Landwirtschaftskulturen zu bieten. Abg. **Sofia Kalantzakou** (Griechenland) bat um Auskunft, wie der Mitteleinsatz beurteilt wird und ob er die Zielgruppen erreicht. **Ministerin Verner** erklärte dazu, dass Kanada mit VN-Partnern zusammenarbeite, die Mittel und Wege haben, um sicherzustellen, dass die Unterstützung die richtige Zielgruppe erreiche. Eingehend auf Fragen von Abg. **Lev Hnatenko** (Ukraine) und Abg. **Jane Cordy** (Kanada) zur Situation in Kandahar antwortete **Ministerin Verner**, dass in Kandahar Projekte nicht wie in anderen Provinzen implementiert werden können, da die Sicherheitslage weniger stabil sei, man die Provinz Kandahar deswegen aber nicht völlig ignorieren solle.

VIII. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Democratic Governance“ über „Rahmen und Bereiche für eine Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum“, vorgelegt von Berichterstatter Bert Middel (Niederlande)

Berichterstatter **Bert Middel** (Niederlande) informierte darüber, dass der Unterausschuss eine Reise nach Armenien und Georgien sowie ein Rose-Roth-Seminar in Moldau durchgeführt habe, die nützliche Informationen für den Berichtsentwurf brachten. Die wesentlichen Änderungen im Berichtsentwurf betreffen eine bessere Beurteilung des Prozesses der regionalen Zusammenarbeit sowie dessen Relevanz für NATO und EU. Im Vordergrund habe insofern weniger die Würdigung von Erfolgen in der Region gestanden, sondern vielmehr das Aufzeigen von Problemen. Euro-atlantische Institutionen sollten weniger konfliktbeladene Bereiche identifizieren, in denen eine Zusammenarbeit besonders relevant für sie sei. Engere Kontakte zu bestehenden regionalen Organisationen können die Stabilität und das Vertrauen in die Region fördern, vor allem in den Bereichen Energie, Transport, grenzüberschreitender Verkehr und zivile Notfallplanung.

Diskussion

Abg. **Sofia Kalantzakou** (Griechenland) schlug verschiedene Änderungen vor, so seien z. B. Öl- und Gas-Pipeline-Projekte im Bericht nicht erwähnt, ebenso das kürzliche Referendum in Transnistrien, das von der internationalen Staatengemeinschaft nicht anerkannt werde. Außerdem fehlen Hinweise darauf, dass jeder frozen conflict seine eigenen Besonderheiten habe. Der **Berichterstatter** stimmte diesen Änderungsvorschlägen zu. Abg. **Serguej Ivanow** (Russische Föderation) bedauerte, dass der Bericht ein weiteres Beispiel für mangelndes

Vertrauen sei, das die Beziehungen zwischen der NATO und Russland charakterisiere. Der Darstellung des Berichtsentwurfes in Bezug auf die Spannungen in Tschetschenien stehe er ablehnend gegenüber. Der **Berichterstatter** drückte seine Bedenken aus über Russlands Nutzung der Energie als ein politisches Mittel in dieser Region sowie seine Rolle in frozen conflicts. Die Situation in Tschetschenien unterscheide sich von den Konflikten im Südkaukasus, aber eine Untersuchung dieser Spannungen gehöre in diesen Bericht. Die Lösung von Konflikten könne die weitere Entwicklung von Beziehungen mit NATO und EU erleichtern, dies sei aber keine unerlässliche Bedingung. Abg. **David Gamkrelidze** (Georgien) bedauerte Russlands willkürliche Nutzung des Erdgases als politisches Druckmittel gegenüber Georgien. Russlands ungenügende Bemühungen zur Konfliktlösung machten eine weitere Einbeziehung internationaler Organisationen notwendig.

Der Berichtsentwurf wurde vom Ausschuss mit den Änderungen angenommen, denen der Berichterstatter zustimmte.

IX. Entschließung 352 „Die Beziehungen zwischen Georgien und der Russischen Föderation“

Berichterstatter Abg. **Bert Middel** (Niederlande) trug die der Entschließung zugrunde liegenden Überlegungen vor, die in engem Zusammenhang zu dem Bericht stehen. Es wurden insgesamt 18 Änderungsanträge von Delegationen eingebracht, darunter ein von Abg. **Dr. Karl A. Lamers** und Abg. **Jürgen Herrmann** (beide Deutschland) eingebrachter Änderungsantrag, der jedoch abgelehnt wurde.

Die Entschließung wurde mit fünf Änderungen (Russische Föderation, Georgien, Frankreich) verabschiedet.

X. Entschließung 351 „Die Zukunft von Bosnien und Herzegowina in der euro-atlantischen Gemeinschaft“

Generalberichterstatter Abg. **Vitalino Canas** (Portugal) trug die der Entschließung zugrunde liegenden Überlegungen vor, die in engem Zusammenhang zu dem Bericht stehen.

Die Entschließung wurde mit zwei Änderungen verabschiedet, darunter eine von Abg. **Dr. Karl A. Lamers** und Abg. **Jürgen Herrmann** (beide Deutschland).

XI. Zukünftige Aktivitäten

Der Ausschussvorsitzende Abg. **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) informierte die Mitglieder über die vergangenen und zukünftigen Aktivitäten des Ausschusses. Die Berichtsentwürfe für 2007 werden sich den Themen „Unabhängiges Montenegro: Frühzeitige Bewertung und Perspektiven für eine euro-atlantische Integration“, „Staat und Religion im Südkaukasus“ und „Der Schutz kritischer Infrastrukturen“ widmen. Der Ausschuss plane Besuche in Montenegro sowie in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Unterausschuss beabsichtige, in die Türkei und nach Aserbaidschan zu reisen. Weiterhin seien ein Besuch in Brüssel sowie eine Teilnahme an der CBRN-Übung der NATO in Kroatien angedacht.

XII. Personalia

Die Ausschussmitglieder wählten Abg. **Mark Angel** (Luxemburg) zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses. Abg. **Jacek Wlosowicz** (Polen) wurde zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses gewählt. Alle anderen Mandatsträger wurden wieder gewählt.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am 15. November 2006 unter dem Vorsitz von Abg. **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich)

I. Überblick über Tagesordnung und Themen

Im Zentrum der Beratungen des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie standen die Themen: Klimaveränderungen, Interoperabilität von Militärtechnologie, Nordkoreas Atomprogramm und ein neuer Weltraumvertrag.

II. Vortrag des Direktors des Ozeanographischen Instituts SCRIPPS, Dr. Tony Haymet über „Klimaveränderungen und ihre Auswirkungen auf die Weltmeere“

Mit einem historischen Überblick über die einschlägigen Klimastudien – die ersten Erkenntnisse zur globalen Erwärmung wurden vor 50 Jahren gewonnen – begann **Dr. Haymet** seinen Vortrag. Schon damals sei ein dramatischer Anstieg ermittelt worden, an dessen Ursache für die Erderwärmung kein wissenschaftlicher Zweifel bestehe. Bei den Weltmeeren bewirke der Anstieg sowohl einen sinkenden pH-Wert, der die Artenvielfalt und -verteilung in den Weltmeeren beeinflussen werde, als auch steigende Meeresspiegel. Diesem Trend entgegenwirken könne man nur, indem erstens durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien die CO_2-Emissionen gesenkt, zweitens effiziente Meeresbeobachtungsnetzwerke installiert und drittens Studien zu klimatischen Extremsituationen unternommen würden.

Diskussion

Die Abg. **Cheryl Gallant** (Kanada) und **Theo Maissen** (Schweiz) bezweifelten, dass es einen Zusammenhang zwischen CO_2 und Erderwärmung gebe, worauf **Dr. Haymet** entgegnete, er teile seine Auffassung über die Ursachen der Erderwärmung mit 99 Prozent seiner Kollegen. Abg. **Philippe Mahoux** (Belgien) wollte wissen, ob das Kioto-Abkommen auch auf die Gewässerprobleme abziele. **Dr. Haymet** bejahte das, betonte jedoch gleichzeitig, dass Kioto als allererster Schritt in Sachen Klimaschutz angelegt sei, weitreichende Maßnahmen müssten folgen. Auf die Frage des Abg. **Rafael Gimalow**

(Russland), welche Energiequellen bevorzugt erschlossen werden sollten, antwortete **Dr. Haymet**, alle Optionen müssten auf den Tisch. Abschließend appellierte er an die Politiker, ihre Wähler über den Ernst der Lage aufzuklären, zumal jetzt umgesetzte Maßnahmen erst in vielen Jahrzehnten Wirkung zeigten.

III. Entwurf des Generalberichts „Interoperabilität: das Erfordernis transatlantischer Harmonisierung“ vorgelegt von Senator Pierre Claude Nolin (Kanada), Generalberichterstatter

Im Informationszeitalter – so begann Senator **Nolin** seine Zusammenfassung des Generalberichts – sei es im Interesse der Interoperabilität der Bündniskräfte unerlässlich, die vernetzten Fähigkeiten der Streitkräfte auszubauen. In Umsetzung der Prager Fähigkeitsverpflichtungen müsse neben der vernetzten Operationsführung an einer NATO-übergreifenden Architektur gearbeitet werden, die ein schnittstellenfreies Einloggen der Verbündeten in Echtzeit ermögliche. Um diesem Ziel näher zu kommen, plädierte der Berichterstatter für einen Dialog zwischen den USA und ihren Verbündeten über Technologietransfers in diesem Bereich und den Austausch relevanter Informationen.

Ohne Aussprache verabschiedeten die Ausschussmitglieder den Bericht einstimmig.

IV. Vortrag von Generalmajor Joe Hincke, Planungschef im kanadischen Verteidigungsministerium

Eingangs verwies Generalmajor **Hincke** auf die ständigen Veränderungen unterworfenen Bedrohungen, politischen Vorgaben und technologischen Entwicklungen. Detailliert ging Hincke auf die letzten Aspekt ein und unterstrich die Bedeutung von Interoperabilität bei den C4ISTAR-Fähigkeiten. Angesichts des rasanten technologischen Fortschritts hinke die Beschaffungspolitik der Regierung stets hinterher. Derzeit arbeite das Verteidigungsministerium an einer einheitlich vernetzten Operationsführung. Generalmajor Hincke bemängelte in diesem Zusammenhang, dass es z. B. in Afghanistan im Sicherheitsbereich 5 verschiedene Netzwerke gebe und appellierte an die Ausschussmitglieder, die vielfach in der gesetzlichen Grundlage der einzelnen Länder begründeten Hindernisse für einen besseren Daten- und Informationsaustausch zu beseitigen.

In der anschließenden Diskussion fragte Abg. **Theo Brinkel** (Niederlande) nach den Risiken einer vernetzten Operationsführung. Computerhacker – räumte **Hincke** ein – seien im militärischen Datennetz eine latente Gefahr; allerdings überwiegen die Vorteile der Vernetzung. Gleichwohl müsse dieser Prozess von einer Risikoanalyse begleitet werden. Auf die Bedenken von Abg. **Rafael Gimalow** (Russland), ob der Ausbau der vernetzten Operationsführung eventuell eine Ergänzung der geltenden Rüstungskontrollvereinbarungen erfordere, antwortete Berichterstatter **Nolin**, dieser wichtigen Frage sollte der Generalbericht im Jahr 2007 nachgehen.

V. Vortrag von Wade L. Huntley, Leiter des „Simons Centre for Disarmament and Non-Proliferation Research“ am Liu-Institut für Globale Fragen der Universität British Columbia zum Thema „Nordkoreas Nuklearpläne: alte Befürchtungen, neue Herausforderungen“

Seit 1986 baue Nordkorea ein Plutoniumarsenal auf; dazu dienten der 5-Megawattreaktor in Yongbyon und die benachbarte Anreicherungsanlage, so leitete **Dr. Huntley** seinen Vortrag ein. Vermutlich besitze Nordkorea inzwischen ausreichend Plutonium, um 4 bis 13 Nuklearbomben herzustellen. Zu dem jüngsten Nuklearwaffentest vom 9. Oktober 2006 stellte Dr. Huntley fest, dieser sei zwar höchstwahrscheinlich technisch fehlgeschlagen, trotzdem habe er Nordkoreas Intention offenbart. Damit einher gehe eine Destabilisierung Nordostasiens, die wiederum einen Dominoeffekt dahingehend auslösen könnte, dass sich viele Länder erstmalig Atomwaffen zulegen. Solange die USA Ländern wie Japan, Taiwan und Südkorea verlässliche Sicherheitsgarantien bieten, bestehe für diese drei Akteure momentan kein Handlungsbedarf.

Verweigere sich Nordkorea weiter dem NPT, ohne dafür ernsthafte Sanktionen befürchten zu müssen, untergrabe dies das Vertragseinhaltungsgebaren anderer Länder. Auch Sondervereinbarungen mit Nordkorea als Lockmittel, bezeichnete Dr. Huntley als kontraproduktiv, würden sie doch Vertragsverletzer belohnen. Auch wenn der Nichtweiterverbreitungsvertrag einige Länder nicht habe davon abhalten können, Nuklearbomben zu entwickeln, sei er gegenwärtig doch das geeignetste Mittel, um diese Ambitionen einzudämmen.

Amerikas Verhalten Nordkorea gegenüber bezeichnete Dr. Huntley als eine Mischung aus Locken und Drohen, Beachten und Ignorieren. Zielführender sei wohl eine nachhaltige „Interaktion“ unmittelbar mit Nordkorea wie auch ein Engagement in dem gesamten komplexen und problembehafteten nordostasiatischen Raum.

Die Diskussionsrunde leitete Abg. **Jerzy Zawisza** (Polen) mit der Frage ein, ob Nordkorea überhaupt ausreichend Trägerraketen besitze, um die Nuklearwaffen auf den Weg zu bringen. **Dr. Huntley** erläuterte, zwar gebe es darüber keine gesicherten Erkenntnisse, allerdings deute vieles darauf hin, dass Nordkorea bislang noch keine weit reichenden Trägersysteme bauen könne. Abg. **Emin Bilgic** (Türkei) kritisierte den Vortrag als zu subjektiv und bemängelte auch den unterschiedlichen Ansatz der USA, was Nuklearstaaten wie Indien, Pakistan und Israel anbelange **Dr. Huntley** erwiderte, bei allen Ländern – so auch Nordkorea – sei ein maßgeschneidertes Vorgehen angemessen. Einhellig sahen Abg. **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) und Abg. **Peter Bottomley** (Vereinigtes Königreich) China als Hauptakteur auf der koreanischen Halbinsel. **Dr. Huntley** räumte in seiner Replik ein, dass Nordkorea von China in gewissen Umfang Unterstützung erhalte, dabei dürfe man aber nicht

übersehen, dass für China ein Zusammenbruch des nordkoreanischen Regimes einer Katastrophe gleich käme. Kooperierten China und die USA besser, verengte sich damit auch der Spielraum Nordkoreas.

VI. Berichtsentwurf des Unterausschusses „Proliferation von Militärtechnologie“ zum Thema „Nuklearpolitik des Iran“, vorgestellt vom amtierenden Berichterstatter Valeriu Buzea (Rumänien)

Abg. **Christian Valeriu Buzea** leitete seinen Vortrag mit der Bemerkung ein, der Bericht habe vor allem zum Ziel, die verschiedenen Komponenten des iranischen Nuklearprogramms und die daraus erwachsenden Gefahren zu beleuchten. In diesem Zusammenhang mahnte Buzea die politisch Verantwortlichen, sich sehr präzise und detailliert über die technischen Einzelheiten des Nuklearprogramms zu informieren. Unstrittig sei, dass der Iran offenbar alle Elemente für eine nukleare Anreicherung entwickele und in wenigen Jahren Nuklearwaffen werde herstellen können.

In der darauf folgenden Diskussion kritisierte Abg. **Emin Bilgic** (Türkei) erneut die Diskriminierung einzelner Staaten und forderte auch für den Iran das Recht ein, als souveräner Staat eigene Technologien entwickeln zu dürfen. Abg. Cheryl **Gallant** (Kanada) erbat Auskunft darüber, ob einzelne Nuklearanlagen tatsächlich der Herstellung medizinischer Isotope dienten, wie Teheran behaupte. Abg. **Buzea** (Rumänien) entgegnete, dazu sei der Forschungsreaktor zu leistungsfähig. Bei voller Auslastung könne er so viel Plutonium produzieren wie für zwei Nuklearbomben jährlich benötigt werde. Abg. **Bato-Zhargal Zhambalnimbuew** (Rumänien) wies seine Ausschusskollegen darauf hin, dass Russland einen eigenen Resolutionsentwurf dem Weltsicherheitsrat vorgelegt habe, der weniger Repressalien beinhalte. Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) unterstützte jedwede Initiative – auch die auf der engen Beziehung zwischen Moskau und Teheran begründeten – um auf den Iran Einfluss zu nehmen.

Bis auf einen nahmen alle Ausschussmitglieder den Berichtsentwurf an.

VII. Vortrag von Abg. Rafael Gimalow (Russland) zur „Verbesserung des internationalen Weltraumrechts“

Eingangs gab Abg. **Gimalow** zu bedenken, dass das geltende Weltraumrecht nicht mehr den jetzigen Gegebenheiten entspreche. Die zwischen 1963 und 1993 verabschiedeten acht internationalen Abkommen werden der neuen Situation im Weltraum nicht gerecht, wo mittlerweile über 40 Nationen auch militärische Projekte unterhielten. Von den internationalen Abkommen gänzlich ausgenommen sei die ständig steigende Zahl privater Anbieter. Werde die Gesetzeslücke nicht geschlossen, warnte Gimalow, müsse mit negativen Folgen – u. a. Weltraumschrott, unkontrollierte militärische Tests – gerechnet werden. Abschließend kündigte Gimalow an, im Jahr 2007 einen Sonderbericht zu diesem Thema vorzubereiten.

VIII. Entschließungsentwurf „Der Nuklearwaffentest der Demokratischen Volksrepublik Korea“, vorgelegt von Abg. Michael Mates (Vereinigtes Königreich)

Zur Begründung seines Entschließungsentwurfs unterstrich der Ausschussvorsitzende Mates, das Verhalten Nordkoreas offenbare Lücken im globalen Nichtweiterverbreitungsregime. Deshalb forderte Mates, die Unterstützung der UN-Sicherheitsratsresolution zum Im- und Export sicherheitssensibler Technologie nach und aus Nordkorea. Ferner plädierte Mates dafür, die Frage von Sicherheitsgarantien für Nord- wie Südkorea gemeinsam zu behandeln. Möglicherweise – so räumte Mates ein – sei es zu spät Nordkorea an der Nuklearwaffenproduktion zu hindern, allerdings bestehe noch die Chance verifizierbare Proliferationsabkommen zu verhandeln.

Mit einigen Änderungen wurde der Entschließungsentwurf von den Ausschussmitgliedern einhellig gebilligt.

IX. Entschließungsentwurf „Die Interoperabilität bei der vernetzten Operationsführung“, vorgelegt von Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Anknüpfend an seinen Bericht zum selben Thema hob Generalberichterstatter **Nolin** erneut hervor, dass bereits jetzt – in dem frühen Stadium dieser neuen technologischen Fähigkeiten – eine Koordinierung zwingend erforderlich sei; andernfalls drohe sich eine weitere technologische Lücke zwischen den USA und Europa aufzutun. An seine US-amerikanischen wie europäischen Ausschusskollegen appellierte Nolin, ausreichend Ressourcen für angemessene Netzwerke zur Verfügung zu stellen und darauf hinzuwirken, dass der entsprechende Technologietransfer und Informationsaustausch realisiert werde.

Einstimmig verabschiedeten die Ausschussmitglieder den Entschließungsentwurf.

X. Personalia

Abg. **Mario Tagarinski** (Bulgarien) wurde zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt. Den stellvertretenden Vorsitz im „Unterausschuss „Proliferation von Militärtechnologie“ übernahmen Abg. **Jan Arlid Ellingsen** (Norwegen) und Abg. **Vernon J. Ehlers** (Vereinigte Staaten); Abg. **Cristian Valeriu Buzea** (Rumänien) wurde zum Unterausschussberichterstatter gewählt.

XI. Aktivitäten im Jahr 2007

Zum Ende der Sitzung erläuterte der Ausschussvorsitzende **Mates** das Arbeitsprogramm für das kommende Jahr: thematisch werde sich der Ausschuss weiter mit der vernetzten Operationsführung und dem Klimawandel befassen; der Unterausschuss richte sein Augenmerk auf die Proliferation von Raketentechnologie und auf das Weltraumrecht. Ausschussbesuche seien in das Vereinigte Königreich, nach Norwegen und Kanada geplant.

Plenarsitzung

Am Freitag, dem 17. November 2006, fand unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der NATO PV, Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada), die Plenarsitzung statt.

I. Ansprache des Präsidenten des kanadischen Senats, H.E. Noël Kinsella

Eingangs begrüßte Senatspräsident **Kinsella** die Parlamentarier herzlich und erinnerte sie daran, dass sein Vorgänger, Senator McLea Robertson der erste gewählte Präsident der Nordatlantischen Versammlung gewesen sei.

Die gegenwärtige Diskussion innerhalb des Bündnisses gründe auf zwei Ereignissen: dem Ende des Kalten Krieges und dem Terroranschlag vom 11. September. Beides habe zu einer Überprüfung der Grundsätze geführt, auf denen bis dahin die internationalen Beziehungen gefußt hätten. Darüber hinaus habe der Balkankrieg gezeigt, dass ethnisch motivierter Hass eine unglaubliche Gewaltbereitschaft generieren kann. Als „neue“ Gefahren nannte Kinsella Umweltbelastungen, Pandemien und grenzüberschreitenden Terrorismus, auf die mit einem breit angelegten Instrumentarium reagiert werden müsse.

Mit Ruanda habe ein Umdenken über die Unverletzlichkeit staatlicher Souveränität eingesetzt; Interventionen zum Schutz von Bürgern vor staatlicher Gewalt und Willkür seien mittlerweile international akzeptiert. Eindringlich warb Kinsella dafür, neue Mittel und Wege zu erkunden, um Krisensituationen zu lösen und die damit beauftragten Institutionen rechtlich und materiell angemessen auszustatten.

Anerkennung zollte Kinsella der NATO PV dafür, dass sie sich in ihrer Ausschussarbeit den aktuellen, aber auch sich abzeichnenden Herausforderungen stelle. Dies beinhalte auch die Aufnahme neuer Mitglieder, bei denen es nicht genüge, die Werte des Bündnisses zu teilen, sondern die zahlreiche Kriterien zu erfüllen hätten. Als unzureichend qualifizierte Kinsella jedoch die Informationspolitik der NATO; zu wenigen Bürgern seien deren Leistungen und Erfolge bekannt. Sowohl Parlamentarier wie auch Regierungen sollten Anstrengungen zu einer besseren NATO PR unternehmen.

Unter Hinweis auf die prekäre Situation der kanadischen Soldaten im Süden Kandahars, wo der schmale Grat zwischen Frieden schaffen und Krieg führen besonders scharfe Konturen habe, plädierte Senatspräsident Kinsella dafür, die Soldaten für ihre Mission bestmöglich auszustatten und auszubilden.

Abschließend würdigte Kinsella die unverzichtbare Arbeit der Versammlung und zeigte sich überzeugt, dass deren Ergebnisse in die Riga-Beratungen einfließen werden.

II. Ansprache des NATO-Generalsekretärs, Jaap de Hoop Scheffer

Per Videokonferenzschaltung begrüßte Generalsekretär **de Hoop Scheffer** die NATO PV-Delegierten und bedauerte gleichzeitig, nicht persönlich in Quebec anwesend sein zu können.

Den neuen Herausforderungen sehe die NATO entschlossen ins Auge, an verschiedenen Orten habe sie insgesamt 50 000 Mann disloziert; die größte Streitkräftebündelung finde sich in Afghanistan, wo terroristische Überfälle viele Opfer unter den Verbündeten wie auch einheimischen Zivilisten und Soldaten forderten. De Hoop Scheffer appellierte eindringlich an die Delegierten, Afghanistan nicht im Stich zu lassen und lobte die erfolgreichen PRT-Projekte zum Aufbau ziviler Infrastruktur. Kritisch äußerte er sich zu den nationalen Caveats, welche die Bündnissolidarität unterspülten und eine einheitliche Kommandoführung vor Ort erschwerten.

Schwachstellen in der militärischen Struktur der NATO lokalisierte Generalsekretär de Hoop Scheffer beim „strategic airlift“ und der latenten Unterfinanzierung. Deutlich verbessert habe sich hingegen die Zusammenarbeit mit der EU. Abschließend befürwortete de Hoop Scheffer globale Partnerschaften – Australien, Japan –, für deren Ausbau er plädierte.

In der anschließenden Fragerunde wollte Abg. **Calha** (Portugal) wissen, wie die Streitkräfte des Bündnisses effizienter eingesetzt werden könnten und was gegen den Drogenanbau in Afghanistan zu unternehmen sei. **De Hoop Scheffer** sprach sich für verstärkte Kooperation bei Beschaffungsprojekten und die Bündelung von Ressourcen aus. Die Bekämpfung des Drogenanbaus sei keine militärische Aufgabe und damit auch keine der NATO; zu lösen sei das Problem nur dadurch, dass zivile Strukturen aufgebaut und den Mohnbauern Alternativen angeboten werden. Abg. **Zavarin** (Russland) vermisste in der Rede einen Hinweis auf den NATO-Russland-Rat und bat de Hoop Scheffer um seine Einschätzung der Beziehungen. Unter Hinweis auf seine jüngste Begegnung mit Putin und Iwanow unterstrich der NATO-Generalsekretär die von Geben und Nehmen geprägte Beziehung der NATO mit der Duma. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) pflichtete de Hoop Scheffers Auffassung bei, die NATO sei keine Weltpolizei und bat um Präzisierung regionaler Partnerschaften. Neue, globale Gefahren – so der Generalsekretär – hätten die NATO veranlasst, überall dort um Unterstützung zu werben, wo Länder ähnliche Werte und Grundsätze wie die Allianzpartner vertreten.

III. Ansprache des kanadischen Verteidigungsministers, Gordon J. O'Connor

Mit seiner nahezu vierhundertjährigen Geschichte und geschlossen erhaltenen Altstadt gehöre Quebec zum Weltkulturerbe, so leitete Verteidigungsminister O’Connor seinen Wortbeitrag ein, und sei ein würdiger Ort für die Herbsttagung der NATO PV.

Gestützt auf die Haltung der Vereinten Nationen und das Ersuchen der afghanischen Regierung habe Kanada im Rahmen der ISAF Soldaten nach Afghanistan entsendet; militärisches Eingreifen reiche jedoch nicht aus. Deshalb wirkten auch Entwicklungshelfer, Diplomaten, Polizei-

kräfte und Experten verschiedenster Fachbereiche am Wiederaufbau des Landes mit. Enorm nannte O’Connor die bislang erreichten Fortschritte – Wahlen, gewählter Präsident, demokratisch legitimierte Verfassung, Teilhabe von Mädchen am Unterricht, Rückkehr von 4 Millionen Flüchtlingen – und das werde auch von der afghanischen Bevölkerung gewürdigt. Kandahar sei das Zentrum der kanadischen Anstrengungen um die Befriedung des Landes: In diesem Zusammenhang kritisierte O’Connor die von einigen NATO-Ländern den Entsendetruppen auferlegten Einsatzbeschränkungen. Zugleich machte er deutlich, dass ein rascher Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte die Lage im Land spürbar verbessern werde. Beim kanadischen Engagement in Afghanistan gehe es zum einen darum, Einnisten von Al Kaida-Zellen zu verhindern und zum anderen der Bevölkerung die demokratisch verfassten Grundrechte und Freiheiten einzuräumen. Im Interesse der globalen Sicherheit verfolge Kanada beide Ziele beharrlich und unbeirrbar.

IV. Ansprache der kroatischen Ministerin für Auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration, Kolinda Grabar-Kitarović

Frau **Grabar-Kitarović** dankte allen Anwesenden für die Unterstützung des Bündnisses auf dem Weg Kroatiens zum Beitritt in die NATO und die EU. Die NATO stehe heute mehr denn je für gemeinsame Werte und Solidarität. Der Einsatz in Afghanistan sei von entscheidender Bedeutung für die internationale Sicherheit. Kroatien habe seinen Teil in dieser Operation übernommen, das Engagement des Landes gelte langfristig. Geplant sei auch, sich im Irak zu beteiligen. Kroatien habe sich in den Jahren weiter entwickelt, man erhalte nicht nur Sicherheit, sondern sorge auch selber dafür. Sie betonte auch die finanziellen Leistungen für Bosnien und Herzegowina sowie für den Kosovo. Kroatien habe in 2006 1,72 Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben aufgewendet, die man bis 2010 auf 2 Prozent aufstocken wolle. Grabar-Kitarović zeigte die Reformen ihres Landes im Finanzbereich und bei der Reform der Rechtsstaatlichkeit auf. Man hoffe, dass von dem Gipfel in Riga ein Erweiterungssignal ausgehen werde und Kroatien einen konkreten Zeitplan für die weiteren Gespräche und den Beitritt bekommen werde. Die Beitritte zur NATO hätten auch immer die demokratische Entwicklung in den beigetretenen Ländern gestärkt. Sie wies auf die wichtige Rolle der NATO PV dabei hin. Abschließend erklärte sie, ein bedeutendes Beispiel für die stärker durch Zusammenarbeit geprägte Atmosphäre sei die Adria-Charta. Der Prozess ziele darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten zu verbessern, damit sie die Aufnahmekriterien der NATO erfüllen können. So können die Länder in der gesamten Region als Vorbild dienen.

Plenardebatte

Das militärische Engagement Kroatiens sei unmittelbar den eigenen Reformanstrengungen gefolgt, lobte Abg. **Jos van Gennip** (Niederlande). Er erbat eine Aussage zu den aktuellen Entwicklungen im Mittelmeerraum und dem Friedensprozess. Frau **Grabar-Kitarović** erklärte, durch intensive politische Kontakte mit den Nachbarländern auf allen Ebenen sowie zahlreiche bilaterale Verträge habe man die Beziehungen verdichten können. Kroatien wolle auch die Erfolge und Erfahrungen der Baltischen Staaten für die Effektivität des eigenen Prozesses nutzen. In der aktiven Beteiligung am Aktionsplan zur Mitgliedschaft (MAP) und Partnerschaft für den Frieden (PfP) sehe man einen wichtigen Beitrag. Die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Israel und den Palästinensern sei von entscheidender Bedeutung. Auf die Frage des Abg. **Sven Mikser** (Estland) nach bestehenden verteidigungspolitischen Hindernissen erklärte Frau **Grabar-Kitarović**, man modernisiere, verkleinere und spezialisiere die Streitkräfte hin zu einer Friedensarmee unter Einbeziehung der freigesetzten, arbeitslosen Soldaten. Abg. **Barbara Haering** (Schweiz) thematisierte die Entscheidung zum Status des Kosovo. Frau **Grabar-Kitarović** verdeutlichte den Willen Kroatiens, durch politisches Engagement dort Frieden und Stabilität zu fördern. Eigene Initiativen in den Ländern und die Einbeziehung der Nachbarn in den Prozess müssten stärker gefördert werden. Sie wies auf die EU-Initiative hin, mit einer Freihandelszone nach Art der CEFTA die politische Stabilität in Südosteuropa zu erhöhen und die Wirtschaftsbedingungen zu verbessern. Abg. **Sophia Kalantzakou** (Griechenland) hinterfragte die Notwendigkeit einer weiteren Präsenz der NATO. Frau **Grabar-Kitarović** erklärte, die Militärpräsenz sei weiter nötig, um das Aufbrechen alter Konflikte zu verhindern. Sie sprach von einer Militärkooperation in Südosteuropa, wenn alle Länder Mitglieder der NATO seien. Die Perspektive eines Beitritts sei entscheidend für Reformen.

V. Ansprache des Präsidenten des House of Commons, Peter Milliken

Peter Milliken betonte, Kanada habe immer einen besonderen Wert auf die weitere Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher internationaler Beziehungen gelegt und daher seine Energien in der NATO und den VN dafür eingesetzt. Dieser Ansatz sei auch für Artikel 2 des Nordatlantikpaktes entscheidend gewesen. Die Sicherheit der Mitglieder könne nicht nur durch militärische Einsätze gewährleistet werden. Starke demokratische Institutionen und wirtschaftliche Zusammenarbeit seien für eine friedliche Koexistenz ebenso wichtig. Für die Kanadier sei ihr weltweiter Einsatz für die Menschenrechte Ausdruck dieser Priorität. Milliken warb dafür, mit Bedacht bei allen Operationen vorzugehen, da es immer auch unterschiedliche Vorstellungen gebe. Nicht habe das, was im Bündnis wichtig sei, auch für alle anderen die gleiche Bedeutung. Insbesondere sei das zu bedenken, wenn sich kulturelle, religiöse und anderer traditionelle Einflüsse fundamental von den eigenen unterschieden. Er wolle damit nicht die Hilfe an sich in Frage stellen, aber erfolgreich handeln könne man nur gemeinsam. Ein Einsatz sollte immer nur auf der Grundlage einer entsprechenden Bitte erfolgen.

Afghanistan sei die wichtigste Herausforderung, der sich das Bündnis in nächster Zeit stellen müsse. Viele seien

der Ansicht, die Zukunft des Bündnisses hinge davon ab. Für ihn sei das wichtigste Ziel, bei der einmal übernommenen Mission den vor Ort eingesetzten Männern und Frauen für ihren Einsatz die größtmögliche Unterstützung zu gewähren.

VI. Wahl des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Als nächster Punkt stand die Wahl des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO auf der Tagesordnung. Abg. **Bert Koenders** (Niederlande) wurde per Akklamation zum neuen Präsidenten gewählt.

VII. Ansprache des neuen Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Bert Koenders (Niederlande)

Der neu gewählte Präsident **Koenders** dankte den Mitgliedern der Versammlung für die Ehre, dieses Amt übernehmen zu dürfen, und für das in ihn gesetzte Vertrauen. Es sei eine Zeit der großen Chancen. Die NATO sei kein Selbstläufer und stehe für Solidarität in schwierigen und gefährlichen Zeiten. Sie müsse sich ihre Rolle in der globalisierten Welt und ihre Ziele immer wieder neu definieren und benötige dafür auch die nationale Unterstützung zur Verringerung ihre Defizite. Die Mitglieder der Versammlung seien bei den notwendigen Veränderungen diejenigen, die in den nationalen Parlamenten eine entscheidende Rolle bei den anstehenden Entscheidungen hätten. Die NATO PV stehe immer an vorderster Front, wenn es um die transatlantische Sicherheit gehe und sei eine wichtige Wegbereiterin für Veränderungen gewesen.

Die Mission in Afghanistan sei an einem kritischen Punkt, es gehe um die Zukunft der Menschen dort und die Glaubwürdigkeit der NATO-Mitglieder. Die Parlamentarier der Versammlung müssten sich ihrer Rolle im Bündnis bewusst sein. Der Kern der parlamentarischen Verantwortung seien die Aufstellung und Verabschiedung der nationalen Haushalte und die Truppenstationierungen. Er betonte das Recht des Wählers auf Erklärungen zu den Entscheidungen und Zusammenhängen, auf Rechtfertigungen, da die nationalen Truppen im Einsatz ihr Leben riskierten. Er würdigte den Einsatz der kanadischen und der anderen Streitkräfte im Süden Afghanistans. Ein Versagen in diesem Land sei für das Bündnis keine Option. Er warb dafür, die nationalen Regierungen beim NATO-Gipfel in Riga aufzufordern,

– die benötigten und zugesagten Kapazitäten zur Verfügung zu stellen,

– Sicherheit und Entwicklung stärker zu synchronisieren und für eine bessere Balance zwischen offensivem Einsatz und dem Wiederaufbau zu sorgen,

– für eine stärkere Teilung von Risiken und Kosten zu sorgen,

– nationale Vorbehalte abzubauen,

– für eine bessere Zusammenarbeit zwischen NATO, EU und VN zu sorgen,

– sich stärker für die Menschenrechte einzusetzen und die Genfer Konvention zu beachten,

– gemeinsam eine wirksame Drogenpolitik zu entwickeln und Alternativen für eine andere Existenzgrundlage der Menschen zu schaffen.

Der Ausgang der Mission in Afghanistan werde erhebliche Auswirkungen auf alle Aktivitäten der NATO in den nächsten Jahren haben.

Für seine Arbeit in den nächsten zwei Jahren sehe er folgende Prioritäten:

1. Aufbau von neuen Partnerschaften und eine Unterstützung und Begleitung der Länder, die sich im Übergang befänden, die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses auf dem Balkan mit Schwerpunkt auf den drei Ländern der Adria-Charta, die Stärkung der Verbindung zum Kaukasus und Unterstützung der Entwicklung zu Demokratie und Freiheit, Verstärkung der Arbeit mit den Partnern im Mittelmeerdialog.

2. Die Zusammenarbeit und den Dialog mit dem Russischen Parlament in den Bereichen Sicherheitszusammenarbeit, Menschenrechte und Nachbarstaaten zu intensivieren. Für die Parlamentarier seien die Gespräche über diese Themen oft einfacher als für die Regierungen.

3. Die weitere Zusammenarbeit mit der Ukraine sei entscheidend für deren Entwicklung und zukünftige Orientierung.

4. Anknüpfend an die von seinem Vorgänger, Pierre Lellouche, eingeleiteten Reformen die Arbeit der Versammlung wirkungsvoller gestalten. Es gehe um mehr Prioritäten und weniger um Aktivitäten, damit die politische Relevanz deutlich verbessert werden könne.

5. Eine Verbesserung und Intensivierung des politischen Dialogs mit den nationalen Parlamenten und dem NATO-Rat.

6. Den Anteil der Frauen in der Versammlung insgesamt und auch deren Anteil in Funktionen zu erhöhen.

7. Die Stärkung der transatlantischen Zusammenarbeit und der Solidarität untereinander. Man habe in all den Jahren und insbesondere in Afghanistan gelernt, dass niemand die Herausforderungen der Gegenwart alleine bewältigen könne. Er wolle die Forderung von George Robertson, die Zukunft der NATO hinge entscheidend von den Ressourcen ab, um den Aspekt Kooperation ergänzen.

Abschließend erklärte er, aus ganz persönlichen Gründen habe er sehr früh eine Verbundenheit zu Kanada gehabt. Kanada habe ihm und auch anderen durch seine Einsätze in der Welt immer gezeigt, wie wichtig Solidarität in der Geschichte gewesen sei. In diesem Sinne freue er sich mit großer Begeisterung auf die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren.

VIII. Wahl der Vizepräsidenten der Versammlung

Im Anschluss an die Ansprache des neuen Präsidenten der Versammlung wurden die neuen Vizepräsidenten gewählt. Da die Anzahl der Kandidaten höher als die der zu besetzenden Posten war, kam es zu einer geheimen Wahl mit einer Entscheidung zwischen den beiden nominierten Kandidaten aus den neuen Mitgliedstaaten, Abg. **Sven Mikser** (Estland) und Abg. **Mihail Lupoi** (Rumänien), aus der Abg. **Mihail Lupoi** (Rumänien) als Sieger hervorging. Per Akklamation wurden ferner als Vizepräsidenten Abg. **Paul E. Gillmor** (Vereinigte Staaten), Dr. **Karl A. Lamers** (Deutschland), Abg. **José Lello** (Portugal) und Abg. **Jan Petersen** (Norwegen) gewählt.

IX. Bericht des Generalsekretärs der NATO PV, Simon Lunn, über die Prioritäten und Aktivitäten der Versammlung

Der Generalsekretär der NATO PV, **Simon Lunn**, gab einen kurzen Überblick über die Prioritäten und Aktivitäten der Versammlung (siehe Bericht über die Sitzung des Ständigen Ausschusses).

X. Haushaltsangelegenheiten – Berichterstattung durch Abg. Lothar Ibrügger (Deutschland), Schatzmeister der Versammlung

Anschließend wurde der Bericht des Schatzmeisters für den Haushalt 2005, die Vorjahresbilanz und der Bericht über den Pensionsfonds für 2005 sowie der Haushaltsentwurf für 2007 beraten und von der Versammlung gebilligt.

XI. Änderung der Geschäftsordnung

Mit der Änderung soll der Beschluss des Ständigen Ausschusses umgesetzt werden, dass die Ausschüsse und Unterausschüsse künftig bei der Festlegung der Themen und der Reiseziele nur noch ein Vorschlagsrecht haben. Alle Aktivitäten sollen der Billigung durch den Ständigen Ausschuss unterliegen. Die Versammlung stimmte den vorgeschlagenen Geschäftsordnungsänderungen zu.

XII. Beratung der Entschließungsentwürfe

Einen gemeinsamen Resolutionsentwurf zur Bekräftigung der gemeinsamen Entschlossenheit der NATO in Afghanistan legten der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit und der Politische Ausschuss vor. Er wurde von der Versammlung in der vorgelegten Fassung verabschiedet. Die Versammlung beriet die Entschließungsentwürfe des Politischen Ausschusses über den zukünftigen Status des Kosovo und zum Thema „50. Jahrestag des Ungarnaufstand und des Freiheitskampfes im Jahre 1956“. Sie billigte beide in der vom Ausschuss jeweils vorgelegten Fassung.

Der vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit vorgelegte Resolutionsentwurf zur Verbesserung der weltweiten Energiesicherheit wurde nach kurzer Beratung in der vorgelegten Fassung verabschiedet.

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit legte zwei Entschließungsentwürfe vor, einen zur Zukunft von Bosnien und Herzegowina in der euroatlantischen Gemeinschaft und einen weiteren zum Thema „Die Beziehungen zwischen Georgien und der Russischen Föderation“. Die Versammlung billigte beide in der jeweils vorgelegten Fassung.

Auch die vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie vorgelegten Resolutionsentwürfe zum Thema „Die Interoperabilität bei der vernetzten Operationsführung“ und zum Thema „Atomwaffentest der Demokratischen Volksrepublik Korea“ wurden von der Versammlung in unveränderter Form angenommen (siehe Anlage).

XIII. Erklärung zum NATO-Gipfel von Riga

Die Versammlung nahm die vom Ständigen Ausschuss erarbeitete Erklärung zum NATO-Gipfel in Riga per Akklamationen an (siehe Anlage).

Dr. Karl A. Lamers, MdB Leiter der Delegation	Volker Bouffier, Staatsminister Stellvertretender Leiter der Delegation

Erklärung 350

zum NATO-Gipfel von Riga
17. November 2006,
Québec, Kanada

Vom Ständigen Ausschuss auf seiner Sitzung am Freitag, dem 29. September 2006, in Brüssel angenommen und auf der am Freitag, dem 17. November 2006, in Quebec abgehaltenen Plenarsitzung bestätigt.

1. Einführung

1.1 Der Gipfel von Riga der Staats- und Regierungschefs der Allianz bietet den Führern des Bündnisses Gelegenheit, die anhaltende Bedeutung der NATO als entscheidendes transatlantisches Forum zur Gewährleistung unserer kollektiven Sicherheit zu bekräftigen. Im heutigen globalen Umfeld bestehen zahlreiche, sehr unterschiedliche Gefährdungen und Bedrohungen unserer Sicherheit. Sie sind vielfältiger Herkunft: gescheiterte oder scheiternde Staaten, Unterentwicklung, schlechte Regierungsführung, demografisches Ungleichgewicht, religiöse Radikalisierung, Wiederaufkommen demokratiefeindlicher Ideologien, Wettbewerb um natürliche Ressourcen und Energie, regionale Instabilität, grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen und Terrorismus. Die Hauptaufgabe der NATO – die kollektive Verteidigung – muss diesen neuen Bedrohungen nun Rechnung tragen. Der Gipfel von Riga sollte in diesem Prozess Führungsstärke zeigen und einen Kurs vorgeben.

1.2 Die Fähigkeit der NATO, zum Umgang mit diesen neuen Sicherheitsaufgaben beizutragen, wird von ihrer weiteren Transformation abhängen. Auch die Unterstützung durch die Öffentlichkeit und die Parlamente der Staaten der Allianz wird erforderlich sein. Wie die jüngsten Erfahrungen gezeigt haben, kann diese Unterstützung nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Als Parlamentarier mit Bewilligungsbefugnissen für Haushaltsmittel und Stationierungen und einer direkten Rechenschaftspflicht gegenüber unseren Wählern tragen wir eine einzigartige Verantwortung, dem Bündnis für seine politischen Schritte und seine Prioritäten einen Kurs vorzugeben.

1.3 Als Vertreter der 26 Parlamente der NATO rufen wir die Führer der Allianz dazu auf, mit aller Dringlichkeit folgende Fragen aufzugreifen:

a) die Nutzung des Rahmens der Allianz für Konsultationen und Koordinierungsarbeiten in Bezug auf alle wichtigen Sicherheitsfragen, einschließlich der sich schnell verschlechternden Sicherheitslage im Nahen Osten;

b) die schwierige Sicherheitslage in Afghanistan;

c) den Stabilisierungsprozess auf dem westlichen Balkan und insbesondere im Kosovo;

d) die Notwendigkeit besser geeigneter Finanzierungsregelungen für Überseemissionen;

e) die Mängel und Unzulänglichkeiten bei den operativen Fähigkeiten der Allianz;

f) die zu niedrigen Verteidigungsausgaben;

g) den Terrorismus;

h) die Notwendigkeit einer effektiveren Zusammenarbeit mit der Europäischen Union;

i) die Weiterentwicklung des Mittelmeerdialogs der NATO;

j) die Schaffung neuer Assoziierungsformen für beitragende Nicht-Partnerländer;

k) die weitere Entwicklung von Allianz-Partnerschaften;

l) die künftige Mitgliedschaft in der Allianz.

2. Eine politischere NATO und die Harmonisierung politischer Bestrebungen und militärischer Fähigkeiten

2.1 Ein zentrales Element der neuen Rolle der NATO muss die Verpflichtung aller Verbündeten sein, den Rahmen der Allianz für politische Konsultationen und Koordinierung zu nutzen. Dies muss regelmäßiger und im Rahmen eingehender Diskussionen zwischen unseren führenden Politikern geschehen. Wir müssen Fall für Fall prüfen, wo die kollektiven Fähigkeiten und die Erfahrungen der NATO – entweder unabhängig oder in enger Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen – genutzt werden können.

2.2 Bei der Vornahme solcher Bewertungen muss der politische Ehrgeiz auf die verfügbaren Mittel und Fähigkeiten abgestimmt werden. Nationen, die der Teilnahme an Missionen zugestimmt haben, müssen gewillt sein, die benötigten Fähigkeiten bereitzustellen. Gegenseitige Solidarität ist dringend geboten. Zivile und militärische Planung müssen gemeinsam und in stärker integrierter Form erfolgen. Die NATO sollte die Grundsätze des humanitären Völkerrechts jederzeit befolgen.

3. Die Lage in Afghanistan

Die Lage in Afghanistan hat sich in den letzten Monaten verschlechtert. Der immer höhere Verlust an Menschenleben – und hier möchten wir den Kämpfern unsere Anerkennung bekunden, die für die Freiheit Afghanistans gefallen sind – belegt, dass dieser Krieg noch nicht gewonnen ist. Das Engagement der NATO in Afghanistan stellt ihre Fähigkeit auf die Probe, sich den Herausforderungen der neuen Sicherheitsordnung zu stellen. Angesichts des Engagements der NATO für die Ausweitung der Sicherheit im ganzen Land und der Aufgaben, vor denen sie im Zuge der Ausdehnung ihrer Mission steht, müssen die Mitgliedstaaten ihre Anstrengun-

gen verdoppeln, die zur Erreichung dieses Ziels benötigten Kräfte bereitzustellen. Außerdem sollte die NATO viel stärker daran arbeiten, das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung zu gewinnen und sich auf gemeinsame Maßnahmen für die politischen Vorhaben und die Wiederaufbaubemühungen in dem Land verständigen. Im südlichen Teil Afghanistans werden mehr Soldaten gebraucht, um mit Blick auf einen nachhaltigen Wiederaufbau für hinreichende Stabilität zu sorgen. Die Führer der Allianz müssen gegenüber den Mitgliedstaaten die Notwendigkeit betonen, die Flexibilität und das Engagement unter Beweis zu stellen, die nötig sind, um das für diese Mission erforderliche Personal und Material bereitzustellen. Zwischen den internationalen Organisationen muss es mehr Synergien geben. Ein gescheitertes Afghanistan wäre auch ein Scheitern der NATO.

4. Interoperabilität und Effektivität

4.1 Interoperabilität und kompatible Kommunikation sind für die militärische Effektivität der Allianz von wesentlicher Bedeutung. Die Erfüllung der Prager Capability Commitments muss eine Priorität bleiben. Dabei sollte der Schwerpunkt auf der Aufgabenspezialisierung und Investitionen liegen, um bei komplexen Stabilisierungsmissionen die Stationierung ausreichend starker Kräfte sicherzustellen.

4.2 Die Interoperabilität wird auch vom Aufbau und der Integration militärischer Informationsnetzwerke zum Austausch und zur Nutzung relevanter Informationen in Echtzeit abhängen. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten müssen deshalb Politiken für den Technologietransfer erarbeiten, um die effektive gemeinsame Nutzung relevanter technischer Informationen zu erleichtern.

4.3 Die für NATO-Missionen eingesetzten Streitkräfte müssen flexibel genug sein, um das bei einer bestimmten Mission erforderliche Spektrum von Operationen durchführen zu können. Es sollten deshalb alle Anstrengungen unternommen werden, um die Inanspruchnahme nationaler Einsatzbeschränkungen zu verringern, die nationale Kontingente nur allzu oft daran hindern, sich mit ihren gesamten Fähigkeiten an Operationen zu beteiligen.

4.4 Angesichts der entscheidenden Rolle von Spezialkräften bei den Missionen der NATO sollte die Steigerung ihrer Interoperabilität besondere Beachtung finden.

4.5 Darüber hinaus sollte die NATO ihren Mangel an Langstrecken-Großraumtransportflugzeugen beseitigen und geeignete Flugzeuge zur Verfügung haben.

5. Finanzierung der Transformation und der Operationen

5.1 Das derzeitige System, die Kosten von Operationen allein den daran Beteiligten aufzubürden, sollte abgeschafft werden. Der vermehrte Einsatz von in Bereitschaft stehenden NATO-Kräften wie der NATO-Reaktionsstreitmacht erfordert eine Regelung für die gerechte Aufteilung der Finanzlasten des Einsatzes dieser Truppen auf die gesamte Allianz.

5.2 Ein Mechanismus zur gemeinsamen Finanzierung von Operationen sollte mit Verpflichtungen einzelner Mitglieder einhergehen, für die Verteidigung ausreichende Ressourcen bereitzustellen, um den weltweiten Herausforderungen an unsere Sicherheit gerecht werden zu können. Die NATO-Mitglieder sollten sich zumindest dazu verpflichten, ihre einzelstaatlichen Verteidigungsausgaben nicht weiter zu kürzen und der Gipfel von Riga sollte einen Anreiz für einen besseren und transparenteren gemeinsamen Finanzierungsmechanismus schaffen. Die Parlamentarier betrachten die Erarbeitung eines gerechteren Systems als dringliche Aufgabe.

5.3 Die Transformation der Allianz und die Erfüllung ihrer Verpflichtungen werden von einem angemessenen Ausgabenniveau sowie Verbesserungen bei der Effizienz und der Effektivität der Verteidigungsausgaben abhängen. Es sollten deshalb doppelte Anstrengungen unternommen werden, um die effektive Nutzung der Verteidigungsmittel durch Zusammenarbeit in allen Phasen der Beschaffung zu verbessern. Das Bündnis sollte darüber hinaus allen Mitgliedern für das Erreichen der Verwendbarkeitsziele von Istanbul (bei Landstreitkräften 40 Prozent Verlegbarkeit und 8 Prozent Verfügbarkeit für Überseeoperationen) einen festen Termin setzen. Ähnliche Ziele sollten auch den Luft- und Seestreitkräften vorgegeben werden.

6. Terrorismus

Wir unterstützen auch weiterhin die Rolle der NATO im Kampf gegen den Terrorismus. Wir glauben, dass die Allianz die wesentliche atlantische Dimension beisteuert, weisen jedoch darauf hin, dass der Terrorismus allein mit militärischen Mitteln nicht zu besiegen ist.

7. Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen

Die aktuellen und die zukünftigen Sicherheitsaufgaben erfordern eine überaus effektive Nutzung der – zivilen und militärischen – kollektiven Ressourcen und eine möglichst enge Zusammenarbeit und Koordinierung mit den entsprechenden Organisationen.

8. Beziehungen zur Europäischen Union

Die Größenordnung und das Ausmaß der derzeitigen Sicherheitsbedrohungen erfordern Kooperationsbeziehungen zwischen der NATO und der EU, die die Einsatzmittel der beiden Organisationen maximieren und dem institutionellen Streit ein Ende setzen. Ein systematischerer Konsultations- und Koordinierungsprozess ist nun zwingend erforderlich,

um sicherzustellen, dass die Ressourcen effektiv eingesetzt werden und die Pläne und Reaktionen der NATO und der EU ausgewogener und besser aufeinander abgestimmt sind. Der Gipfel bietet eine Chance, das Patt in den Beziehungen zwischen den beiden Organisationen zu überwinden. Konstruktive Beziehungen zwischen der NATO und der EU sind ein entscheidender Bestandteil eines lebendigen transatlantischen Verhältnisses.

9. Partnerschaften

9.1 Die Partnerschaftsprogramme der NATO erfüllen mit der Unterstützung von Staaten in unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Übergangsstadien eine bedeutsame Stabilisierungsfunktion. Die Sachkenntnis der Allianz leistet den Ländern effektive Hilfe bei der Durchführung dringend erforderlicher Reformen ihres Sicherheitssektors. Die Versammlung selbst hat mit parallelen Hilfsprogrammen für Partnerparlamente zum Aufbau einer effektiven parlamentarischen Kontrolle beigetragen.

9.2 Die Finanzierung der vielen Partnerschaften der NATO hält sich nach wie vor in einem bescheidenen Rahmen. Wenn die NATO-Partnerschaften wirklich vertieft und ausgeweitet werden sollen, muss die Allianz den entsprechenden Mitteleinsatz erhöhen.

9.3 Die Hilfe auf dem Balkan und im Südkaukasus muss eine Priorität bleiben. Die Allianz sollte die Erfordernisse einer künftigen Militärpräsenz im Kosovo in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen ernsthaft prüfen.

9.4 Die Allianz sollte ihre Partnerschaft mit Ländern Zentralasiens fortführen, die Fortschritte von Teilnehmern am Euroatlantischen Partnerschaftsrat (EAPC) bei der Erfüllung demokratischer Standards verfolgen und den EAPC für die nachdrückliche Aufforderung der Partnerländer zur vollen Umsetzung dieses Standards nutzen.

9.5 Beim Aufbau von Partnerschaften sollte im Lichte der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen besonderer Nachdruck auf den Wert des in langen Jahren erworbenen Sachverstands der NATO auf dem Gebiet des Schutzes der Zivilbevölkerung vor Katastrophen und anderen zivilen Notfällen gelegt werden. Die planerischen, logistischen und operativen Fähigkeiten der Allianz können eine einzigartige Unterstützung für die nationalen Bemühungen um einen hohen Bereitschaftsgrad und schnelle Reaktionsfähigkeit bedeuten.

10. Der Nahe Osten und Nordafrika

Der Nahe Osten und Nordafrika sind strategisch entscheidend wichtige Regionen. Auch hier spielt die Versammlung eine die Programme der NATO ergänzende Rolle, indem sie Parlamentsabgeordnete aus diesen Ländern in ihre vielfältigen Aktivitäten einbindet. Die Allianz sollte ihr Engagement gegenüber Nachbarstaaten ausweiten, indem sie bestehende Programme wie den Mittelmeerdialog und die Istanbul Cooperation Initiative ausbaut und dabei auf die Erfahrung und die Einsatzmittel der NATO-Partnerschaft für den Frieden zurückgreift. Dazu könnte eine Fortbildungsinitiative gehören, in deren Rahmen in einem Land des Mittelmeerdialogs oder der Kooperationsinitiative von Istanbul eine Fortbildungseinrichtung aufgebaut wird. Ein größeres Schwergewicht sollte auf die Zusammenarbeit mit Ländern gelegt werden, die demokratische Strukturen aufbauen und die Menschenrechte achten.

11. Russland

Der Entwicklung einer Kooperationsbeziehung zwischen der NATO und Russland kommt weiterhin wesentliche Bedeutung zu. Die Arbeit des NATO-Russland-Rats bedeutet eine beachtliche Leistung und sollte gestärkt werden. Allerdings wird der Aufbau einer echten Partnerschaft weiterhin durch tief verwurzelten Argwohn und Fehlvorstellungen behindert. Fragen wie Menschenrechte, Energiesicherheit und die Lage in Nachbarländern sollten auf offene, vertrauensbildende Weise erörtert werden. Gemeinsam interessierende Themen müssen angesprochen werden, um die nötige Vertrauensgrundlage zu schaffen. Mit der Festigung ihrer eigenen Beziehungen zum russischen Parlament wird die Versammlung ihre Rolle bei der Überwindung von Fehlvorstellungen und der Schaffung einer dringend benötigten gegenseitigen Vertrauensgrundlage spielen können.

12. Ukraine

12.1 In der Erkenntnis der Bedeutung der Ukraine als strategischer Partner und angesichts der Tatsache, dass die Ukraine sich weiterhin der euroatlantischen Integration verpflichtet fühlt, sollte die NATO ihre Beziehungen zur Ukraine über den Aktionsplan Ukraine-NATO, den Intensivierten Dialog und den PfP Trust Fund weiter ausbauen.

12.2 Es ist auf die Rolle der Öffentlichkeit in Bezug auf die NATO einzugehen, und die NATO sollte die ukrainische Regierung bei der Verbreitung von Informationen über die Rolle und die Aktivitäten der Allianz nach besten Kräften unterstützen.

13. Neue Partnerschaften

Die Allianz sollte der Entwicklung förmlicherer Kooperationsmechanismen mit geografisch entlegenen Partnern wie Australien, Japan, Neuseeland und der Republik Korea Beachtung schenken, da diese die Werte der Allianz teilen und auch neben NATO-Kräften in Afghanistan und anderswo beteiligt sind.

Gleichzeitig sollte die NATO sich der Notwendigkeit bewusst sein, ihren Zusammenhalt zu gewährleisten – insbesondere im Rahmen ihrer Entscheidungsstrukturen.

14. Erweiterung

14.1 Die Mitgliedschaft in der Allianz muss Bewerbern offen stehen, die ihre Verbundenheit mit den gemeinsamen Werten des Bündnisses unter Beweis stellen und von den Mitgliedstaaten als beitrittsfähig betrachtet werden.

14.2 Auf dem Gipfel von Riga sollten die Führer der Allianz Albanien, Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien klare Hinweise darauf geben, wann sie mit einer Einladung, dem Bündnis beizutreten, rechnen können.

14.3 Die Bestrebungen Georgiens, NATO-Mitglied zu werden, sollten gefördert und unterstützt werden.

14.4 Die Führer der Allianz sollten mit der Ausformulierung einer strategischen Vision für die langfristige Zukunft der Erweiterung beginnen.

15. Beziehungen zwischen der NATO und der NATO PV

Die Versammlung bringt das gemeinsame Engagement der Allianz für die parlamentarische Demokratie sichtbar zum Ausdruck. Ihre Tätigkeiten stärken die kollektive Rechenschaftspflicht der NATO. Außerdem tragen sie zur Transparenz der NATO und ihrer Politik sowie zur Verbesserung der öffentlichen Kontrolle und Wahrnehmung bei. Die Tätigkeiten der Versammlung bei Outreach- und Partnerschaftsprogrammen stärken und ergänzen parallele Aktivitäten der NATO. Die Versammlung begrüßt ihre zunehmende Zusammenarbeit mit der NATO und den verstärkten Dialog mit dem Nordatlantikrat. Wir begrüßen es, dass sich die Arbeiten der Versammlung und der NATO insbesondere im Hinblick auf die Partnerstaaten ergänzen. Die Versammlung fordert die Staats- und Regierungschefs nachdrücklich auf, diese Rolle in ihrer Erklärung von Riga anzuerkennen und ihre Unterstützung für die Parlamentarische Versammlung der NATO und das gemeinsame Ziel der Förderung demokratischer Werte zu bekräftigen.

Entschließung 351

betr. Die Zukunft von Bosnien und Herzegowina in der Euroatlantischen Gemeinschaft

vorgelegt vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Versammlung,

1. ***in Bekräftigung*** ihres nachdrücklichen Eintretens für Frieden und Stabilität auf dem Balkan;

2. ***davon überzeugt,*** dass die Zukunft des Balkans in seiner umfassenden Integration in die euroatlantischen Institutionen liegt;

3. ***in Anerkennung*** der von der internationalen Gemeinschaft unter Führung des Hohen Beauftragten übernommenen Rolle bei der Unterstützung der Stabilisierungs- und Reformprozesse in Bosnien und Herzegowina;

4. ***mit Lob*** insbesondere für die enge Zusammenarbeit zwischen NATO und Europäischer Union bei der Gestaltung des Übergangs von SFOR auf EUFOR;

5. ***mit Anerkennung für*** die zahlreichen Maßnahmen, die die Regierung von Bosnien und Herzegowina zur Förderung und Institutionalisierung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reform bereits ergriffen hat;

6. ***mit Genugtuung*** über die erfolgreiche Veranstaltung freier und fairer allgemeiner Wahlen im Oktober;

7. ***jedoch besorgt*** über Berichte über einen angespannten und radikalisierten Wahlkampf, u. a. Erklärungen, die die Grundlagen des bosnischen Staates als solchem in Frage stellen und

8. ***mit Bedauern*** darüber, dass eine Verständigung über eine Verfassungsform nicht vor den Wahlen sichergestellt werden konnte;

9. ***hervorhebend,*** dass die Fortsetzung des Reformprozesses und eine engere Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) für die weitere Entwicklung der Beziehungen des Landes zu den euroatlantischen Institutionen erforderlich sind und

10. die zentrale Verantwortung und Rechenschaftspflicht von Parlamentariern ***bekräftigend;***

11. ***fordert*** die neue Regierung und das Parlament von Bosnien und Herzegowina ***nachdrücklich auf:***

    a. ihr nachdrückliches Eintreten für die Konsolidierung eines funktionierenden multi-ethnischen Staates durch die Fortsetzung des Reformprozesses unter Beweis zu stellen;

    b. die dringenden Bedürfnisse ihrer Bürger in Angriff zu nehmen durch Verabschiedung der grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen, insbesondere im Bereich Polizei, Bildung, öffentliche Verwaltung und Volkswirtschaft;

    c. so schnell wie möglich Gespräche über einen zukünftigen Verfassungsrahmen wieder aufzunehmen, der den Vorrang der Staatsbürgerschaft vor der Volkszugehörigkeit ebenso wie den vollen Schutz der Minderheitenrechte im Einklang mit den internationalen Normen sicherstellt;

    d. die Zusammenarbeit mit dem ICTY zu verstärken und den Prozess, Gerichtsverfahren für Kriegsverbrecher im Rahmen des Justizsystems von Bosnien und Herzegowina einzuleiten, zu verbessern;

12. ***fordert*** die Regierungen und Parlamente der Mitglieds- und Partnerstaaten des nordatlantischen Bündnisses ***nachdrücklich auf:***

    a. die Regierung und das Parlament von Bosnien und Herzegowina bei dem Reformprozess weiter zu unterstützen;

    b. die Aufnahme von Bosnien und Herzegowina in das NATO-Programm der Partnerschaft für den Frieden unter der Voraussetzung seiner umfassenden Zusammenarbeit mit dem ICTY und der Fortsetzung der Verteidigungsreform zu unterstützen;

    c. die schrittweise Neudefinierung der internationalen Präsenz in Bosnien und Herzegowina zu unterstützen, so wie es die politischen Entwicklungen im Lande zulassen;

    d. eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der OSZE und der NATO, bei der Bewältigung dieses Übergangs zu fördern.

    e. den Beschluss des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der Europäischen Union zu unterstützen, die Truppen im Jahre 2007 im Lichte positiver Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Anfang Oktober unter Berücksichtigung der Lage in der Region zu verringern.

Entschließung 352

betr. **die Beziehungen zwischen Georgien und der Russischen Föderation**

vorgelegt vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Versammlung,

1. ***in Bekräftigung*** ihres Eintretens für die Förderung gut nachbarschaftlicher Beziehungen in der Südkaukasusregion;

2. ***mit Genugtuung*** über den Beschluss der NATO, einen „intensivierten Dialog“ mit Georgien über seine Erwartungen hinsichtlich einer Mitgliedschaft aufzunehmen;

3. ***ferner mit Genugtuung*** über das am 14. November 2006 zwischen Georgien und der Europäischen Union unterzeichnete Übereinkommen über einen Aktionsplan der Europäischen Nachbarschaftspolitik;

4. ***unter Hinweis darauf,*** dass der Prozess der euroatlantischen Integration und Erweiterung sich nicht gegen ein einzelnes Land richtet, sondern Hand in Hand mit der Förderung gut nachbarschaftlicher Beziehungen unter den Partnerstaaten geht;

5. ***mit Bedauern*** über die Eskalation der Spannungen zwischen Georgien und der Russischen Föderation nach der Festnahme von vier russischen Offizieren durch georgische Behörden und deren Freilassung Ende September 2006;

6. ***besorgt*** insbesondere über die Unterbrechung aller Verbindungen über Land, in der Luft und auf See zwischen den beiden Staaten sowie über das fortgesetzte Verbot der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus Georgien in die Russische Föderation;

7. ***in Bekräftigung*** des Rechts eines jeden Staates, illegale Einwanderung zu bekämpfen, aber ***unter Verurteilung*** aller diskriminierenden Maßnahmen, die gegenüber Zivilisten ausschließlich auf Grund ihrer Volkszugehörigkeit oder ihrer Staatsbürgerschaft ergriffen werden;

8. ***mit Genugtuung*** über Erklärungen guter Absichten, die durch den Außenminister Georgiens und den Außenminister der Russischen Föderation nach ihrem Treffen am 1. November 2006 abgegeben wurden;

9. ***unter Bekräftigung*** ihrer Unterstützung für die Souveränität und territoriale Unversehrtheit Georgiens und für die friedliche Lösung der Konflikte in Abchasien und Süd-Ossetien;

10. ***davon überzeugt,*** dass die ausbleibende Lösung dieser Konflikte ein schwerwiegendes Hindernis für Frieden und Stabilität und die Schaffung gut nachbarschaftlicher Beziehungen in der Region darstellen würde;

11. ***in Anerkennung*** der neuen Vorschläge und Initiativen, die vom Präsidenten Georgiens bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen vorgelegt wurden und,

12. ***darauf insistierend,*** dass die Russische Föderation angesichts ihrer Rolle und ihrer im Rahmen der VN-Charta und der OSZE eingegangenen Verpflichtungen bei den derzeitigen Verhandlungen eine besondere Verantwortung hat, eine friedliche Lösung dieser Konflikte zu fördern und eine konstruktivere Rolle übernehmen sollte;

13. ***fordert*** die Regierung und das Parlament von Georgien und die Regierung und das Parlament der Russischen Föderation ***nachdrücklich auf:***

    a. von allen Maßnahmen abzusehen, die die Beziehungen zwischen den beiden Ländern weiter schädigen würden;

    b. unverzüglich Gespräche aufzunehmen über die Wiederherstellung einer normalen Verständigung und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern;

    c. ihren jeweiligen Verpflichtungen in Bezug auf die friedliche Lösung der Konflikte in Abchasien und Süd-Ossetien und der Resolution 1716 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 13. Oktober 2006 voll nachzukommen;

14. ***fordert*** die Regierungen und Parlamente der Mitglieds- und Partnerstaaten des Nordatlantischen Bündnisses ***nachdrücklich auf:***

    a. jede nur mögliche Gelegenheit zu nutzen, um den Dialog zwischen Georgien und der Russischen Föderation zu erleichtern und zu ermutigen im Hinblick auf die Wiederherstellung von Vertrauen und eines Abbaus von Spannungen;

    b. die laufenden Verhandlungen über eine friedliche Lösung der Konflikte in Abchasien und Süd-Ossetien, soweit es ihre Zuständigkeit zulässt, zu unterstützen und Überlegungen anzuregen, wie das derzeitige Verhandlungsformat erweitert werden könnte.

    c. die Erwartungen Georgiens auf eine euro-atlantische Integration und seinen Wunsch, in absehbarer Zeit auf die nächste Ebene der Zusammenarbeit mit der NATO zu gelangen, nämlich den Aktionsplan zur Mitgliedschaft, uneingeschränkt zu unterstützen;

Entschließung 353

betr. die Bekräftigung der gemeinsamen Entschlossenheit der NATO in Afghanistan

vom Politischen Ausschuss und vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit vorgelegt und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Versammlung,

2. ***in der Erkenntnis,*** dass die Stabilisierung und der Wiederaufbau Afghanistans eine der bedeutsamsten Aufgaben der NATO darstellen und das Ergebnis sich nachdrücklich auf die Allianz und ihre Glaubwürdigkeit als internationaler Akteur auswirken wird;

3. ***in Würdigung*** der in Afghanistan Dienst tuenden Angehörigen unserer Streitkräfte und im Gedenken an diejenigen von ihnen, die bei diesem Einsatz ihr Leben verloren haben;

4. ***betonend,*** dass die Schaffung von Sicherheit in dem gesamten Land von alles entscheidender Bedeutung ist, um die Aufständischen zu bezwingen, das Land zu stabilisieren und zu verhindern, dass die Region zu einer Zufluchtsstätte für den internationalen Terrorismus wird;

5. ***mit Genugtuung*** über die mit der Regierung Afghanistans unterzeichnete strategische Partnerschaft;

6. ***in der Erkenntnis,*** dass die langfristige Sicherheit und Stabilität Afghanistans nicht allein mit militärischen Mitteln gewährleistet werden kann und wird sowie ***in der Erkenntnis,*** dass dafür durch Wiederaufbau und Entwicklung untermauerte gute Regierungsführung, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit sowie internationale und insbesondere regionale Zusammenarbeit erforderlich sind;

7. ***betonend,*** dass es sich dabei dem Wesen nach um eine Langzeitmission mit vielen Facetten handelt;

8. ***in der Erkenntnis,*** dass eine erfolgreiche Stabilisierung und der Wiederaufbau Afghanistans es voraussetzen, das afghanische Volk auf unsere Seite zu ziehen;

9. ***besorgt*** über die mangelnde Sicherheit und die Schwäche der staatlichen Einrichtungen Afghanistans gerade in entlegenen Regionen und in der Erkenntnis, dass Afghanistan bei seinem Ringen um den Wiederaufbau seiner zerstörten Gesellschaft das anhaltende und sogar noch verstärkte Engagement der NATO und der internationalen Gemeinschaft braucht;

10. ***in der Annahme,*** dass die NATO beauftragt ist, der rechtmäßigen und gewählten Regierung Afghanistans dabei zu helfen, das Staatsgebiet des Landes vor illegitimen bewaffneten Gruppen zu sichern, die die bisher erreichten Fortschritte bedrohen;

11. ***mit Genugtuung*** über die verbesserte Effizienz der NATO in Afghanistan und die Ausweitung ihrer Mission auf die unruhigsten Landesteile. jedoch ***bedauernd,*** dass eine tiefe Kluft zwischen den Reden der Politiker und dem tatsächlichen Engagement der NATO-Mitgliedstaaten die Operationen ihrer Streitkräfte weiterhin einschränken;

12. ***mit Genugtuung*** über die zusätzlichen Beiträge einiger Mitglieder, jedoch alle Mitglieder ***ermutigend,*** die Risiken und Kosten unseres kollektiven Beschlusses untereinander aufzuteilen;

13. ***feststellend,*** dass diese Mission einen wichtigen Hinweis auf die laufende Transformation der Allianz und die von einzelnen Mitgliedern vorgenommene Verbesserung der Fähigkeiten gibt, die eine solche Mission ermöglichen;

14. jedoch außerdem ***feststellend,*** dass die NATO zu kämpfen hat, um Mitglieder zur Bereitstellung angemessener Kräfte und Ausrüstungen zu bewegen und ***beklagend,*** dass erbetene zusätzliche Streitkräfte nicht entsandt worden sind;

15. ***besorgt*** über das weiterhin große Ausmaß der Drogenproduktion und das Fehlen einer umfassenden, schlüssigen Politik, die die afghanischen Behörden ebenso einbezieht wie die internationale Gemeinschaft und die Nachbarländer;

16. ***feststellend,*** dass Pakistan von der Aufstandsbewegung selbst betroffen ist und bei deren Bezwingung eine entscheidende Rolle spielt und ***in der Auffassung,*** dass für die Bewältigung dieser Aufgabe eine verstärkte Zusammenarbeit mit Pakistan erforderlich ist;

17. ***in Anerkennung und Würdigung*** der wichtigen Beiträge der NATO wie auch der Partnerstaaten zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau Afghanistans, jedoch auch in dem Bewusstsein, dass anhaltender und verstärkter wirtschaftlicher, finanzieller, rechtlicher und sonstiger Hilfe seitens der Vereinten Nationen und der EU für den Erfolg in Afghanistan wesentliche Bedeutung zukommt;

18. ***bedauernd,*** dass die Beziehungen der NATO zur EU sich nur langsam verbessern und die Notwendigkeit einer effektiveren Partnerschaft ***betonend,*** die einen förmlichen NATO-EU-Rahmen schafft, in den alle sicherheitsrelevanten Bereiche der EU einbezogen sind;

19. ***fordert mit Nachdruck*** von den Regierungen und Parlamenten der Mitglied- und Partnerstaaten der Nordatlantischen Allianz:

    a. die Effektivität gemeinsamer Operationen der NATO weiter zu steigern und dazu die nationalen Einsatzbeschränkungen aufzuheben, welche die schnelle und effektive Nutzung einiger gegenwärtig in Afghanistan stationierter NATO-Kräfte zurzeit behindern und die Finanzierungsmechanismen für gemeinsame Operationen zu verbessern;

    b. unsere Interoperabilität bei Kommunikations- und Waffensystemen sowie bei der Ausbildung zu verbessern;

c. das Personal und die Ausrüstungen bereitzustellen, die unsere Militärkommandeure als für die Erfüllung dieses Einsatzes erforderlich ansehen;

d. die gegenüber der NATO eingegangenen Verpflichtungen umzusetzen – einschließlich der Bereitstellung ausreichender Investitionshaushalte und der Einhaltung der Truppenzusagen – und insbesondere genügend belastbare, kampffähige Truppen für die Bekämpfung der Aufständischen im Süden und Osten Afghanistans zu entsenden;

e. offensive Sicherheitsoperationen besser durch Wiederaufbaubemühungen auszugleichen und den laufenden Wiederaufbau durch Vorrang für Projekte in den Bereichen Bewässerung, Straßen und Energieversorgung mehr ins Blickfeld zu rücken sowie eine gemeinsame, umfassende Politik zur Bekämpfung des Drogenanbaus auszuarbeiten und umzusetzen;

f. die Anstrengungen unserer Provincial Reconstruction Teams in ganz Afghanistan besser zu koordinieren;

g. gegenüber der Regierung Afghanistans eine energische Politik zu entwickeln und umzusetzen, um die Reformprozesse zu beschleunigen, mit denen die Probleme der Unterentwicklung und der Korruption, insbesondere bei den Polizeikräften, effektiver angegangen werden können;

h. das humanitäre Recht und die Genfer Konventionen strikt anzuwenden, um das afghanische Volk auf unserer Seite zu haben;

i. die Koordinierung und Zusammenarbeit mit anderen Akteuren durch formelle Partnerschaften mit Staaten, die die Werte der Allianz teilen, auszuweiten und weiterzuentwickeln,

j. die politische Transformation der Allianz durch Stärkung der Rolle der NATO als Forum für den politischen Dialog und die Entscheidungsfindung fortzuführen und zu vertiefen und dazu den Nordatlantikrat zu ermächtigen, einschlägige Fragen zu erörtern, die sich auf die Sicherheit von Mitglieds- und Partnerstaaten der NATO auswirken können;

k. unsere gemeinsame Entschlossenheit zu bekräftigen, der afghanischen Regierung bei der Schaffung eines sicheren und stabilen Umfelds für ihre Bürger zu helfen;

20. ***ermutigt*** die Vereinten Nationen:

    a. die Koordinierung zwischen der NATO und den VN zu verbessern, um zwischen den beiden Organisationen vertiefte und besser strukturierte Beziehungen aufzubauen;

21. ***fordert mit Nachdruck*** von der Regierung Pakistans:

    a. ihre Zusammenarbeit mit der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft bei der Bekämpfung der Aufständischen zu verbessern und alles Erdenkliche zu unternehmen, um Taliban-Kräften eine sichere Zuflucht zu verwehren;

22. ***fordert mit Nachdruck*** von der Regierung Afghanistans:

    a. die inländischen Reform- und Wiederaufbauanstrengungen entsprechend dem Afghanistan-Vertrag energisch fortzusetzen.

Entschließung 354

betr. **Die Verbesserung der weltweiten Energiesicherheit**

vorgelegt vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

Die Versammlung,

1. ***in Anerkennung dessen,*** dass die Energiesicherheit ins Zentrum der gegenwärtigen strategischen und politischen Debatte in den Vereinigten Staaten und in Europa gerückt ist;

2. ***im Bewusstsein,*** dass nationale Ansätze im Hinblick auf die Energiesicherheit nicht ausreichen, um mit der globalen und vielschichtigen Natur dieser Sicherheitsherausforderungen fertig zu werden;

3. ***in Anbetracht dessen,*** dass zu diesen Herausforderungen eine steigende Nachfrage, Angebotsengpässe, wachsende Konkurrenz um knappe Energieressourcen, Energiepreisvolatilität, die begrenzte Anzahl der Anbieter, politische Instabilität in den wichtigsten Erdöl und Erdgas erzeugenden Ländern, das Abzielen von Terroristen auf Energieinfrastrukturen, unzureichende Explorations-, Gewinnungs-, Transit- und Raffineriekapazitäten, Staatseigentum wichtiger Energiegüter, die Nutzung von Energieressourcen zu ausdrücklich politischen und manchmal destabilisierenden Zwecken sowie wachsende Umweltbesorgnisse vor allem im Zusammenhang mit der Nutzung kohlenstoffhaltiger Brennstoffe gehören;

4. ***im Hinblick darauf,*** dass die Energienachfrage in allen Regionen der Welt weiter ansteigt, wobei Asien für einen Großteil dieses Anstiegs verantwortlich ist aufgrund seines explosiven und im Allgemeinen positiven Wachstums;

5. ***in dem Verständnis,*** dass es fortlaufende Besorgnisse im Hinblick auf die Sicherheit der Atomkraft gibt, jedoch ***in Anerkennung*** ihres Potenzials zur Energieerzeugung ohne die Freisetzung von Treibhausgasen;

6. ***in der Erkenntnis,*** dass die Nutzung erneuerbarer Ressourcen nur einen kleinen Teil der weltweiten Energieproduktion ausmacht, während kraftstoffsparende Technologien und Biotreibstoffe durch eine unzureichende Finanzierung aus öffentlichen Mitteln sowie durch Kostensysteme benachteiligt sind, die die wirklichen Umwelt- und Sicherheitskosten der Nutzung kohlenstoffhaltiger Brennstoffe nicht einbeziehen;

7. ***in Anerkennung dessen,*** dass steigende Energiepreise die Entwicklungsländer besonders hart treffen und die Anstrengungen, die Menschen aus der Armut zu holen, unterlaufen können, was letztlich die weltweite Sicherheit unterminiert;

8. ***in Anbetracht dessen,*** dass die Energiepreise auch eine besonders nachteilige Auswirkung auf die bereits angespannten Militärhaushalte der NATO-Mitgliedstaaten haben können;

9. die fehlende Übereinstimmung unter den Regierungen der Bündnispartner ***beklagend,*** wie die NATO zur Energiesicherheit sowie zu dem sehr begrenzten Dialog zwischen der NATO und der Europäischen Union beitragen könnte, der es schwieriger machen könnte, auf einen wirklichen Energienotfall im euro-atlantischen Raum zu antworten, jedoch

10. die jüngste Entscheidung der EU ***begrüßend,*** eine Gemeinsame Europäische Energiepolitik zu verabschieden;

11. ***fordert*** die Regierungen und Parlamente der Mitglieds- und Partnerstaaten des Nordatlantischen Bündnisses ***nachdrücklich dazu auf,***

    a. einen Dialog über Energiesicherheit innerhalb der NATO einzuleiten, um gemeinsame Interessen und Herausforderungen im Hinblick auf die Energiesicherheit zu identifizieren und diejenigen spezifischen Bereiche zu definieren, in denen die Organe und politischen Strukturen der NATO möglicherweise zur Stärkung der Verteidigung westlicher Energieinteressen beitragen könnten;

    b. die NATO zu ermutigen, darüber nachzudenken, wie sie eine aktive Rolle zur Verteidigung der Energieinfrastruktur wie Pipelines, Raffinerieanlagen und Häfen vor terroristischen oder militärischen Angriffen spielen könnte, sowie auf ihrer Fähigkeit zur Überwachung der Schifffahrts-Kommunikationswege aufzubauen, um das sichere Passieren des Tankerverkehrs zu gewährleisten, und eine Alarm- und Einsatzplanungskapazität für potenzielle Energienotfälle zu entwickeln;

    c. einen Energiesicherheitsdialog zwischen der NATO und der EU zu entwickeln, um eine Energiekrisenplanung zu ermöglichen und die Zusammenarbeit im Falle einer solchen Krise zu ermöglichen;

    d. die Unterstützung für Forschung, Entwicklung und Investitionen in erneuerbare Energiequellen sowie in energiesparende Technologien zu verstärken und gleichzeitig vorbildliche Praktiken für das Energiesparen sowie eine umfassendere multilaterale und transatlantische Zusammenarbeit in allen diesen Bereichen zu ermutigen;

    e. die Forschungsbemühungen zur Förderung einer sicheren Atomkraft voranzutreiben und die Entwicklung eines multilateralen Ansatzes für angereicherte Uranreserven in Erwägung zu ziehen;

    f. die Energiequellen der nationalen Energieversorgung zu diversifizieren und die Infrastruktur und technische Lösungen zu untersuchen, um sicherzustellen, dass kein NATO-Land vollständig von einer einzigen oder einer kleinen Gruppe von Energielieferanten abhängt;

    g. den G8-Dialog, den Dialog zwischen der EU und Russland und den Dialog über Energiesicherheit

zwischen den USA und Russland sowie die Arbeit im NATO-Russland-Rat über terroristische Bedrohungen für wichtige Infrastrukturen zu unterstützen; dazu beizutragen, die Energieinfrastruktur zu verbessern; ein angemessenes Funktionieren der Marktmechanismen zu fördern und die gegenseitige Verantwortung von Lieferanten und Konsumenten von Energieressourcen zu ermutigen, wobei vermieden werden sollte, dass Energievorräte als diplomatisches Druckmittel eingesetzt werden;

h. den multilateralen Dialog mit wichtigen heraufstrebenden Verbraucherländern wie China und Indien zu verstärken, möglicherweise im Rahmen der OECD oder der Internationalen Energieagentur, um gemeinsame Interessen zu identifizieren und die Gefahr von Rivalitäten um die Energie zu verringern;

i. mit den Regierungen der Entwicklungsländer, Führungskräften der Unternehmenswelt und der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, um die Energieeffizienz in den weniger entwickelten Regionen der Welt voranzutreiben und die weltweite Energienachfrage zu senken unter gleichzeitiger Anerkennung, dass die wachsende Energienutzung in diesen Regionen entscheidend ist für ihre Entwicklung;

j. den Entwicklungsländern zu helfen, ihre Kapazitäten zur Herstellung von Bio-Treibstoffen zu nutzen, bei denen sie komparative Vorteile haben könnten, jedoch unter Ablehnung protektionistischer Maßnahmen, die den Freihandel für saubere und zunehmend billigere Bio-Treibstoffe und synthetische Brennstoffe behindern, die von einer Vielzahl von Lieferanten bezogen werden können;

k. sicherzustellen, dass die Parlamente und parlamentarischen Versammlungen wie die Parlamentarische Versammlung der NATO aktiv an allen diesen Anstrengungen beteiligt sind.

Entschließung 355

betr. den 50. Jahrestag des Ungarnaufstand und Freiheitskampfes im Jahre 1956

vorgelegt vom Politischen Ausschuss und von der Plenarversammlung

Die Versammlung

1. ***in Anerkennung*** des ungarischen Aufstands und Befreiungskampfes im Jahre 1956 als einem Meilenstein in der Geschichte des 20. Jahrhunderts;
2. ***unter Würdigung*** des heroischen Kampfes des ungarischen Volkes für Unabhängigkeit und Demokratie;
3. ***in Gedenken*** an all jene, die während des ungarischen Aufstandes, bei den anschließenden Vergeltungsakten oder infolge der Aufstände in Berlin und Poznan ihr Leben verloren und
4. ***hervorhebend,*** welche Schlüsselrolle der Ungarnaufstand im Jahre 1956 gespielt hat, indem er den wahren Charakter der totalitären Regime, die Mittel- und Osteuropa beherrschten, zum Ausdruck brachte und
5. ***in Anerkennung*** des fortbestehenden Eintretens des ungarischen Volkes für die Prinzipien und Werte freier und demokratischer Gesellschaften, ein Engagement, das schließlich zu der Verbreitung von Demokratie und der Wiedereingliederung von Mittel- und Osteuropa in die euroatlantische Gemeinschaft geführt hat;
6. ***unterstreicht,*** dass der 23. Oktober 1956 und die Ereignisse des Ungarnaufstandes integraler Bestandteil unseres gemeinsamen historischen Erbes bilden und eine ständige Erinnerung für zukünftige Generationen darstellen, dass unsere gemeinsamen Werte und Anschauungen nicht als selbstverständlich gelten dürfen und
7. ***ehrt*** den Einsatz all jener, die ihr Leben gaben, um diesen Werten und Anschauungen Ausdruck zu verleihen und ihren Fortbestand zu sichern.

Entschließung 356

betr. den zukünftigen Status des Kosovo

vorgelegt vom Politischen Ausschuss und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Versammlung,

1. ***in der Erkenntnis,*** dass der derzeitige Status des Kosovo nur vorrübergehend ist und nicht unbegrenzt aufrechterhalten werden kann und ***ferner in der Erkenntnis,*** dass jede Vereinbarung über den zukünftigen Status der Provinz eine wichtige Auswirkung auf die Stabilität von Südosteuropa insgesamt haben wird;

2. ***mit Anerkennung*** für das Bündnis und insbesondere die Kosovo-Streikraft (KFOR) für die erfolgreiche Sicherung und Stabilisierung der VN-verwalteten Provinz;

3. ***mit Unterstützung*** für die Bemühungen des VN-Sondergesandten Martti Ahtisaari, eine Lösung für den zukünftigen Status des Kosovo zu finden und ***in der Hoffnung*** auf baldige Ergebnisse, die die derzeitige Ungewissheit beenden würden;

4. ***feststellend,*** dass das Mandat der fortdauernden militärischen und zivilen Präsenz der Staatengemeinschaft auf einer Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nation basieren muss;

5. ***hervorhebend,*** dass eine endgültige Lösung für den Status des Kosovo Raum bieten muss für die Schaffung einer stabilen multi-ethnischen Gesellschaft;

6. ***in der Erkenntnis,*** dass die Staatengemeinschaft weiterhin die vollständige Umsetzung der von ihr festgelegten Normen unterstützen und überwachen muss;

7. ***in dem Verständnis,*** dass jede institutionelle Lösung in Bezug auf den endgültigen Status des Kosovo durch die Bevölkerung des Kosovo unterstützt werden und auch die Lebensbedingungen für alle verbessern muss;

8. ***in der Erkenntnis,*** dass die gemeinsame Zukunft des Kosovo und der Region in der umfassenden Integration in die euroatlantischen Strukturen liegt, was jede Form von Diskriminierung ausschließt und die Herbeiführung von Rechtsstaatlichkeit voraussetzt;

9. ***fordert*** die Regierungen und Parlamente der Mitglieds- und Partnerstaaten des Nordatlantischen Bündnisses ***nachdrücklich auf:***

   a. die Anstrengungen von Martti Ahtisaari bei den Verhandlungen über den zukünftigen Status des Kosovo, basierend auf den Leitprinzipien der Kontaktgruppe, zu unterstützen und mit dazu beizutragen, dass sichergestellt wird, dass jede institutionelle Lösung die Schaffung einer stabilen multi-ethnischen Gesellschaft im Kosovo ermöglicht;

   b. weiterhin einzutreten für die Sicherstellung von Frieden und Stabilität im Kosovo und Südosteuropa insgesamt durch Gewährleistung einer internationalen militärischen und zivilen Präsenz so lange dies erforderlich ist;

   c. die weitere Umsetzung der von der Staatengemeinschaft festgelegten Normen durch die vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen des Kosovo zu unterstützen und zu überwachen;

   d. die Entwicklungen im Kosovo und in Serbien eingehend zu überwachen und zur Integration der gesamten Region in die euroatlantischen Institutionen unter der Voraussetzung einer umfassenden Zusammenarbeit mit dem internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) beizutragen;

   e. eine angemessene Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen der Statuslösung auszuüben, Sicherheit und insbesondere den Schutz der Minderheiten zu gewährleisten sowie die Behörden bei der fortgesetzten Umsetzung der Normen zu überwachen und zu unterstützen;

   f. die weitere Demokratisierung des Kosovo und den Aufbau institutioneller Fähigkeiten zu unterstützen;

10. ***fordert*** die Regierung, das Parlament und alle politischen Kräfte im Kosovo und in Serbien ***nachdrücklich auf:***

    a. sich umfassend am Statusprozess und damit verbundenen Fachgesprächen, die von keiner Partei blockiert werden könne, zu beteiligen und der Wählerschaft zu erklären, dass jeder Kompromiss Zugeständnisse von beiden Seiten und kontinuierliche Fortschritte in Bezug auf die Normen erfordern wird;

    b. die Rechte der Kosovo-Serben und anderer Minderheiten zu respektieren und umfassend zu schützen ebenso wie das kulturelle und religiöse Erbe des Kosovo;

    c. alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um das gegenseitige Vertrauen wieder herzustellen und Voraussetzungen zu schaffen, die es den vertriebenen Serben und anderen Minderheiten erlauben, in die Provinz zurückzukehren und dort in Frieden zu leben.

Entschließung 357

betr. Die Interoperabilität bei der vernetzten Operationsführung

vorgelegt vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Die Versammlung,

1. ***in Anbetracht dessen,*** dass die fortlaufende Revolution bei den Informations- und Sensortechnologien tiefgreifende Veränderungen auf dem Gebiet von Verteidigung und Sicherheit hervorruft durch die Betonung vernetzter Fähigkeiten;
2. ***in Anerkennung dessen,*** dass vernetzte Fähigkeiten verheißen, die Streitkräfte mit einem außergewöhnlichen Situationsbewusstsein, einem höheren Operationstempo, höherer Genauigkeit und Überlebensfähigkeit auszustatten, indem sie alle militärischen Mittel und Einheiten im Rahmen eines interaktiven Netzwerks miteinander verbinden;
3. ***in der Überzeugung,*** dass die Interoperabilität der alliierten Streitkräfte in zunehmendem Maße von der Fähigkeit abhängen wird, sich in die Netzwerke einer Partnernation einzuschalten und relevante Informationen in Realzeit zu erhalten und miteinander zu teilen;
4. ***in der Erkenntnis,*** dass vernetzte Fähigkeiten nur dann wirksam sind, wenn zusätzlich zur Nutzung von Spitzentechnologien auch den Aspekten der Doktrin, der Organisation und des Personals angemessene Beachtung geschenkt wird;
5. ***besorgt darüber,*** dass sich die transatlantische Lücke bei den Fähigkeiten ohne eine wirkliche Beachtung der vernetzten Fähigkeiten wahrscheinlich noch mehr vergrößern wird;
6. ***mit Genugtuung*** über die Anstrengungen der NATO-Agenturen zur Entwicklung des Konzepts der vernetzten Fähigkeiten der NATO;
7. ***fordert*** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses ***nachdrücklich dazu auf,***

   a. vernetzte Fähigkeiten als einen Eckpfeiler für den Wandel der NATO zu betrachten;

   b. die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, dass wichtige vernetzte Systeme der direkten Kontrolle der NATO unterstellt werden und aus der gemeinsamen Finanzierung der NATO gefördert werden können;

   c. eine angemessene Finanzierung nationaler vernetzter Fähigkeitsprogramme zu unterstützen;

   d. den Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Bündnispartnern zu fördern, um die Technologietransferpolitiken in Verbindung mit vernetzten Fähigkeiten zu lockern und ein tatsächliches Teilen relevanter technischer Informationen zu erleichtern;

   e. eine Kompatibilität der verschiedenen Netze anzustreben, indem man sich die Erfahrung des Privatsektors sowie kaufmännische Standards zu eigen macht;

   f. sich der Bedeutung multinationaler Militärübungen zur Beherrschung der Verfahren für vernetzte Fähigkeiten bewusst zu werden;

   g. die NATO-Standardisierungsabkommen (STANAGs) für die Interoperabilität in vollem Umfang zu akzeptieren und auf ihre Erfüllung hinzuarbeiten.

Entschließung 358

betr. den Atomwaffentest der Demokratischen Volksrepublik Korea

vorgelegt vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Versammlung,

1. ***zutiefst alarmiert*** durch die Berichte über die von der Demokratischen Volksrepublik Korea am 9. Oktober 2006 vorgenommene unterirdische Sprengung von atomarem Material in Missachtung mehrerer internationaler Übereinkünfte und Dokumente, einschließlich der gemeinsamen Erklärung der sechs Vertragsparteien vom September 2005, der Resolution 1695 (2006) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und der Gemeinsamen Erklärung über die Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel aus dem Jahre 1992;

2. ***in der Auffassung,*** dass dieser Test, der in völliger Gleichgültigkeit gegenüber den Besorgnissen der gesamten internationalen Gemeinschaft und des bestehenden weltweiten Moratoriums für Atomwaffentests durchgeführt wurde, als ein unverantwortlicher und provozierender Akt die Sicherheitslage in der gesamten Region gefährdet und die weltweiten nuklearen Nichtverbreitungsanstrengungen ernsthaft unterminiert;

3. ***mit Lob und voller Unterstützung*** für die einstimmige, rasche und deutliche Reaktion des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die mit seiner Resolution 1718 (2006) basierend auf Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen zum Ausdruck gebracht wurde;

4. ***mit tiefem Bedauern*** darüber, dass die Demokratische Volksrepublik Korea ihre Verpflichtungen nach dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV) verletzt, ihren Rücktritt von diesem Vertrag angekündigt und ihre Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) beendet hat;

5. ***unter Verurteilung*** der zahlreichen Starts ballistischer Flugkörper im Juli 2006, was die Besorgnisse hinsichtlich der Absichten der Demokratischen Volksrepublik Korea verstärkt;

6. ***in der Auffassung,*** dass die Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche die wirksamste Art und Weise ist, um sich um Stabilität in der Region zu bemühen und wirtschaftliche Vorteile für die Bevölkerung der Demokratischen Volksrepublik Korea herbeizuführen;

7. ***fordert*** die Regierung und Parlamente der Mitglieds- und Partnerstaaten des Nordatlantischen Bündnisses ***nachdrücklich auf:***

   a. alle politischen und diplomatischen Möglichkeiten anzuwenden, um die Behörden in der Demokratischen Volksrepublik Korea davon zu überzeugen, dauerhaft die nuklearen Waffen- und ballistischen Flugkörperprogramme des Landes einzustellen und davon abzusehen, weitere Atomwaffen- und ballistische Raketentests durchzuführen;

   b. die Führer der Demokratischen Volksrepublik Korea aufzufordern, unverzüglich die Sechs-Parteien-Gespräche, zu denen sie versprochen hatten ohne Vorbedingungen zurückzukehren, aufzunehmen;

   c. jeden nur möglichen Druck auf die Demokratische Volksrepublik Korea auszuüben, damit sie ihren Verpflichtungen nach dem NVV wieder nachkommt und den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen unterzeichnet und ratifiziert;

   d. nachdrücklich die Bestimmungen der Resolution 1718 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen umzusetzen, um zu verhindern, dass ein Handel mit gefährlichem Material zur Herstellung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen und damit verbundener Technologie und Know-how in und aus der Demokratischen Volksrepublik Korea stattfindet;

   e. weitere multinationale Nichtverbreitungsmechanismen zu stärken, insbesondere die Initiative zur Sicherstellung der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Gruppe der Nuklearlieferländer, die Australiengruppe und das Trägertechnologieregime;

   f. die Idee einer atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel zu fördern und ein System von Sicherheitsgarantien für die Demokratische Volksrepublik Korea wie auch die Republik Korea zu bekräftigen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333